



AUSWIRKUNGEN VON ANTIFEMINISMUS AUF FRAUENVERBÄNDE

DEMOKRATIE-EMPOWERMENT ALS GEGENSTRATEGIE





//////////

INHALT

VORWORT

- 5 **Auswirkungen von Antifeminismus auf Frauenverbände**
Demokratie-Empowerment als Gegenstrategie

AUSGANGSLAGE

- 6 **Geschlechter- und familienpolitische Aushandlungen**
8 **Was ist Antifeminismus?**
10 **Aktuelle Ausformungen antifeministischer Agitation**
10 **Antifeministische Arenen, Narrative und Strategien**

ERFAHRUNGEN DER MITGLIEDSVERBÄNDE DES DEUTSCHEN FRAUENRATS MIT ANTI- FEMINISMUS

- 12 **Ignorieren, beleidigen, bedrohen**
Verbandspolitischer Alltag zwischen Gleichgültigkeit und Hetze
- 13 **Persönliche Angriffe als Strategie**
- 13 **Diskreditieren, verlachen, beleidigen** *Anfeindungen gegen Mitgliedsverbände und Akteur*innen vor Ort*
- 14 **Umdeuten, verschieben, vereinnahmen**
*Instrumentalisierung der eigenen Arbeit durch antifeministische Akteur*innen*
- 16 **Instrumente antifeministischer Anzweiflungen, Anfeindungen und Angriffe**
- 17 **Akteur*innen antifeministischer Anzweiflungen, Anfeindungen und Angriffe**
- 17 **Auswirkungen antifeministischer Dynamiken auf die Arbeitspraxis**
- 20 **Frauenpolitische Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Politisierung, Solidarisierung und fehlender Unterstützung**
- 21 **„Wir haben wahnsinnig viel erreicht.“** *Ermutigende Entwicklungen in der frauenpolitischen Arbeit*

„DEMOKRATIE-EMPOWERMENT HEISST FÜR
MICH: DIE ZIVILGESELLSCHAFT ZU STÄRKEN.“

- 22 Ein Gespräch mit dem DF-Vorstandsmitglied
und der Politikerin Josefine Paul

DEMOKRATIE-EMPOWERMENT UND
GEGENSTRATEGIEN AUS DER ARBEITSPRAXIS

- 26 Persönliche und strukturelle Rahmenbedingungen
nutzen
- 27 Das eigene Demokratieverständnis schärfen
- 27 Eine feministische Organisationskultur stärken
- 28 Gezielte Öffentlichkeitsarbeit umsetzen
- 28 Schulungen anbieten und Medienkompetenzen stärken
- 28 Netzwerk- und Lobbyarbeit weiterentwickeln
- 29 Ideen für die Zukunft frauenpolitischer Vereins- und
Verbandsarbeit im Deutschen Frauenrat

SERVICETEIL

- 30 Argumentationshilfen und Beratungsangebote gegen
Rechtsextremismus und Antifeminismus

- 31 LITERATUR UND QUELLEN



VORWORT

AUSWIRKUNGEN VON ANTIFEMINISMUS AUF FRAUENVERBÄNDE – DEMOKRATIE-EMPOWERMENT ALS GEGENSTRATEGIE

Die demokratische (Alltags-)Kultur, Menschenrechte und Gleichstellungspolitik stehen in den letzten Jahren unter Druck. Autoritäre, neurechte und menschenfeindliche Ideologien und Bewegungen gewinnen an Bedeutung – und mit ihnen Antifeminismus.

Ihre Feindbilder Gender, Gender Mainstreaming und Feminismus, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, sexuelle Selbstbestimmung und Gender Studies teilt die extreme Rechte mit Rechtspopulist*innen, neurechten Bewegungen, Teilen der konservativen Publizistik, antifeministischen Männerrechtler*innen und verschiedenen religiös-fundamentalistischen Strömungen. Antifeminismus dient als gemeinsame Klammer, um breite Zielgruppen anzusprechen und Anschluss an den Mainstream zu finden. Antifeministische Rhetoriken und Ideen, die sich auf die weibliche Zivilgesellschaft auswirken, haben sich verstärkt. Was aber heißt das konkret für die Mitgliedsverbände des Deutschen Frauenrats (DF)? Und wie könnten ein Demokratie-Empowerment und Gegenstrategien aussehen? Diese Fragen standen am Anfang der vorliegenden Expertise.

Eine Recherche und Analyse öffentlich zugänglicher Materialien (bspw. Kleiner Anfragen in Parlamenten oder Postings in den Sozialen Medien) zeigt, dass es Berührungspunkte und Aggressionen gegen Mitgliedsverbände und/oder deren Ziele und Arbeitsfelder derzeit auf drei Ebenen gibt:

- /// Konkrete Angriffe und Negative Campaigning extrem rechter, rechtspopulistischer und konservativer Akteur*innen, die sich spezifisch gegen den jeweiligen Verband oder Verein und seine frauenpolitischen Arbeitsfelder und Zwecke richten
- /// Hetze, Diskriminierungen und Angriffe gegen diejenigen, die vom jeweiligen Verband oder Verein vertreten werden (bspw. gegen migrantische Frauen oder Alleinerziehende)
- /// Instrumentalisierungen oder Vereinnahmungen von Zielen des Verbandes oder Vereines und seiner Arbeit durch antifeministische und (extrem) rechte Akteur*innen für die eigene politische Agenda (bspw. bei Familienpolitik oder Mädchenarbeit)

Diese Expertise fragt nach den konkreten Effekten dieser antifeministischen und antidemokratischen Ideologien und Strategien auf Mitgliedsverbände des DF. Dafür wurden sechs anonymisierte, leitfadengestützte Interviews mit Vertreterinnen von Mitgliedsverbänden geführt. Im Zentrum standen folgende Fragen: Macht sich die Zunahme antifeministischer Narrative und Handlungen bemerkbar in der Arbeit der Verbände, die auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene agieren? Wenn ja, auf welche Art? Welche Umgangsstrategien gibt es und wurden erprobt?

Vorangestellt wird den Interviews eine Darlegung des Forschungsstandes zu Antifeminismus, seinen Ideologien und Ideen, Arenen und Akteur*innen (Kapitel I). Davon ausgehend werden Aussagen und Analysen der Interviewpartnerinnen eingeordnet und kontextualisiert (Kapitel II). Abschließend werden – aus der Praxisperspektive – wirkungsvolle Gegenstrategien und Ideen für ein Demokratie-Empowerment¹ vorgestellt (Kapitel III). Die Expertise wird abgerundet durch Servicehinweise auf Argumentationshilfen und Beratungsangebote gegen Antifeminismus.

1 Der Begriff „Demokratie-Empowerment“ bezieht sich hier auf den Fachausschuss des Deutschen Frauenrats „Demokratie unter Druck. Krisenanalyse und Demokratie-Empowerment“, der zur Stärkung der Demokratie und Bekämpfung von antidemokratischen und antifeministischen Tendenzen einberufen wurde. Weitere Informationen zum Fachausschuss finden Sie hier: <https://www.frauenrat.de/themen/allgemein/demokratie/>

Die Expertise wurde im Auftrag des DF von der Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung erarbeitet. Der DF ist der Dachverband von rund 60 bundesweit aktiven Frauenorganisationen und damit die größte Frauenlobby in Deutschland. Seine Stärke bezieht er aus der Vielfalt der Mitgliedsverbände. Er engagiert sich für die Rechte von Frauen in Deutschland, der Europäischen Union und auf internationaler Ebene mit dem Ziel der rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Politik des DF zielt auf Geschlechtergerechtigkeit unter Berücksichtigung der Lebensverlaufperspektive und gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen urbanen und ländlichen Regionen. Dabei finden relevante Kategorien wie biologisches Geschlecht (sex) und soziales Geschlecht (gender), sexuelle Identität, Alter, kulturelle Zugehörigkeit, Ethnizität, Behinderung oder sozioökonomischer Status Beachtung.²

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, sich für die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft einzusetzen, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dazu berät, vernetzt und fördert sie Projekte und Initiativen, die sich vor Ort gegen Menschenfeindlichkeit engagieren. Mit eigenen Projekten wird sie dort aktiv, wo sich Lücken staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns auftun. Die Stiftung schafft öffentliche Aufmerksamkeit, wenn Demokratie und Menschenrechte angegriffen werden und entwickelt und verbreitet erfolgreiche Strategien gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die Fachstelle berät und schult mit einem Fokus auf Gender bundesweit Zivilgesellschaft, Politik, Jugendarbeit, Bildungseinrichtungen und Medien im Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zudem stellt sie eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis dar, indem sie das Wissen und die Erfahrung der geschlechtersensiblen Arbeit zum Handeln gegen Rechtsextremismus bündelt und in Publikationen und Bildungsveranstaltungen aufbereitet.

//////////////////// AUSGANGS- LAGE

Geschlechter- und familienpolitische Aushandlungen

Extrem rechte Ideen und Ideologien erleben in den letzten Jahren einen Aufwind in Europa und Deutschland. Extrem rechte Parteien und Bewegungen machen mit Rassismus, antisemitischen Verschwörungsideologien und Antifeminismus Stimmung gegen Demokratie, Menschenrechte und Minderheitenschutz. Bevölkerungsstudien in Europa belegen seit Jahrzehnten, dass zehn bis fünfzehn Prozent der Befragten antidemokratische und extrem rechte Positionen vertreten. Dieser Umstand schlug sich bis vor wenigen Jahren allerdings nicht in Wahlergebnissen nieder. Inzwischen haben sich die politischen Kräfteverhältnisse jedoch geändert – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Demokratie. In rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien haben besagte Bevölkerungsgruppen in den letzten Jahren eine politische Heimat gefunden, dasselbe gilt für demokratiefeerne Bevölkerungsgruppen und ehemalige Nicht-Wähler*innen. Davon zeugt der starke Zulauf für extrem rechte Bewegungen und Parteien.

In Österreich erhielt die rechtspopulistische bis extrem rechte FPÖ bei der letzten Parlamentswahl im Jahr 2017 rund 26 Prozent der Stimmen. Bei der französischen Präsidentschaftswahl konnte Marine Le Pens Front National (seit 2018: Rassemblement National) 33 Prozent der Wähler*innen auf sich vereinen. In Deutschland zog die

² Grundsätze des DF von 2017: <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/06/Grundsätze-DF-2017.pdf>

AfD 2017 in den Bundestag ein; bei der Landtagswahl in Sachsen 2020 erzielte die Partei bis zu 38 Prozent der Stimmen in einigen Wahlkreisen. Auch Pegida-Mobilisierungen mit mehreren tausend Teilnehmenden sowie extrem rechte Ausschreitungen in Chemnitz 2018, Cottbus 2018 und Kandel 2018 und nicht zuletzt der rechtsterroristische Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 und die rechtsterroristischen Attentate in Halle 2019 und Hanau 2020 sind Ausdruck dafür, wie weit sich Menschenfeindlichkeit bereits normalisiert hat. Sie sind auch Ausdruck antidemokratischer und autoritärer Entwicklungen.

////////////////////////////////////
EXKURS: RECHTSPOPULISMUS, RECHTSEXTREMISMUS UND EXTREME RECHTE

Rechtspopulismus wird definiert als „volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extrem rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“, die sich „mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als ‚Anwälte des Volkes‘ inszeniert“ (Häusler (2008), S. 43). Zwei rhetorische Abgrenzungen sind dafür zentral: „wir hier unten“ gegen „die da oben“ und „wir“ gegen „die anderen“ (Häusler (2008), S. 43). Eine rechtspopulistische Orientierung ist gekennzeichnet durch menschenfeindliche Einstellungen gegenüber Minderheiten, die beispielsweise als Fremde, Muslim*innen, Asylsuchende oder Sinti*zze und Rom*nja wahrgenommen oder markiert³ werden, durch rechtsgerichtete autoritäre Einstellungen, durch Misstrauen in die Demokratie und durch die Abgrenzung gegenüber (beliebig definierten) Eliten (Zick u.a. (2016), S. 111ff.).

Auch wenn die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus fließend sein können, lässt sich der Begriff Rechtsextremismus zu Rechtspopulismus abgrenzen. Einer sozialwissenschaftlichen Perspektive folgend kenn-

zeichnet Rechtsextremismus ein Einstellungsbündel aus Ungleichheits- und Ungleichwertigkeitsideologien, verbunden mit der Akzeptanz von Gewalt. Nach der sogenannten Konsens-Definition der Einstellungsforschung zeigen sich rechtsextreme Einstellungsmuster in der Zustimmung zu einer rechtsgerichteten Diktatur, in Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und einer Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus (Decker u.a. (2006), S. 20). Rechtsextreme gehen von einer „rassisch“ oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen aus. Sie lehnen das Gleichheitsgebot der Menschenrechte ab, fordern eine ethnische Homogenität von Völkern und betonen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum (Jaschke (1994), S. 31). Gleichwohl handelt es sich beim Rechtsextremismus weder um eine strikt einheitliche Ideologie noch um eine homogene Bewegung (vgl. Kiess u.a. (2015)).

Problematisch am Begriff Rechtsextremismus sind seine extremismustheoretischen Implikationen. Dazu gehört insbesondere die Vorstellung eines in der sogenannten „Hufeisentheorie“ formulierten links-rechts-Kontinuums: Demnach stünde am äußersten linken Rand der Linksextremismus, am äußersten rechten Rand der Rechtsextremismus, wobei beide gleichermaßen eine „demokratische Mitte“ bedrohten. Diese Vorstellung blendet jedoch sowohl die jeweiligen inhaltlichen Spezifika als auch die unterschiedlichen Motive, Zielstellungen und gesellschaftlichen Folgen aus. Der Begriff Rechtsextremismus impliziert zudem, dass rechtsextreme Ideen nur an den extremen gesellschaftlichen Rändern zu finden seien (Virchow (2016), S. 13ff.). Dies trifft jedoch nicht zu, was sich vor allem mit Blick auf rechtsextreme Geschlechterbilder zeigt, die im hohen Maße anschlussfähig an die gesellschaftliche Mitte sind. Angesichts dieser Schwachstellen und um eine größere Bandbreite extrem rechter Bewegungen und Meinungen abbilden zu können, wird in dieser Expertise stattdessen maßgeblich mit dem Begriff extreme Rechte gearbeitet (vgl. Hüttmann (2011)).

3 Werden Menschen als einer Gruppe zugehörig „markiert“, bedeutet dies, dass sie aufgrund von ihnen zugeschriebenen Stereotypen eine bestimmte Form der Abwertung erfahren. Wenn beispielsweise in der Berichterstattung immer nur die Gruppenzugehörigkeit von bestimmten Personen hervorgehoben wird, verschärft dies eine Fehlwahrnehmung, da Angehörige dieser Gruppen als überproportional kriminell wahrgenommen werden. vgl.: Auma, Maureen Maisha: Rassismus. Eine Definition für die Alltagspraxis. Unter: <http://raa-berlin.de/wp-content/uploads/2019/01/RAA-BERLIN-DO-RASSISMUS-EINE-DEFINITION-F%C3%9CR-DIE-ALLTAGSPRAXIS.pdf>



In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Geschlechter- und Familienpolitik liberalisiert, Geschlechterverhältnisse wurden modernisiert (bspw. durch die Verschärfung des Sexualstrafrechts, durch die „Ehe für alle“ oder durch das Paritätsgesetz in Brandenburg). Die Gesellschaft veränderte sich, Geschlechterbilder lockerten und vervielfältigten sich, Kritik an rassistischem, sexistischem und anderem diskriminierendem Verhalten wurde stärker wahrgenommen, und eigene Privilegien werden zunehmend hinterfragt. Dieser Wandel führte allerdings in einigen Gesellschaftsteilen zu starken Verunsicherungen und Abwehrreaktionen, teils verbunden mit dem Wunsch, in die „gute alte Zeit“ zurückzukehren (Villa (2017), S. 99 ff.). Dies greifen rechtspopulistische und extrem rechte Kräfte auf, um die eigene autoritäre, antidemokratische Agenda in einem „Kulturkampf von rechts“ (Kastrup/Kellershohn (2017)) durchzusetzen. Wichtige Elemente sind dabei reaktionäre Geschlechterpolitiken und antifeministische Ideologien. Diese finden sich nicht nur aufseiten rechtspopulistischer bis rechtsextremer Zusammenhänge weiß-deutscher Milieus, die sich als homogen verstehen, sondern auch in unterschiedlich (ultra-)nationalistisch geprägten migrantischen und diasporischen Gemeinschaften und bei Organisationen und Verbänden des politischen Islam.⁴

//////////////////// Gleichstellungsarbeit rückt stärker in den Fokus rechter Kräfte.

Geschlechterhierarchien sind ein fundamentaler Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung. Dadurch wirkt das Patriarchat als fundamentaler Bestandteil rechter Gruppen. Auch deshalb rückt die Gleichstellungsarbeit immer stärker in den Fokus extrem rechter Kräfte (Lang/Peters (2018), S. 27).

Zudem lässt sich eine Verdichtung antifeministischer Diskurse in Teilen der Presse, von der rechtskonservativen bis hin zur liberalen, beobachten (Rauchut (2018), S. 188). Parallel dazu intensivieren sich die Angriffe gegen die Geschlechterforschung, gegen Netzfeminist*innen, feministische Politiker*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich der Gleichstellungsarbeit und Vielfaltspädagogik (Frey u.a. (2014), S. 17; Häusler/Virchow (2016), S. 122; Lang (2015), S. 27; Soltz (2015), S. 30 ff.; Rahner (2018)).

Antifeministische Anfeindungen entladen sich in gelegentlichen Hasskommentaren bis hin zu gezielten Diffamierungskampagnen (Lang/Fritzsche (2018), S. 342). Für die Betroffenen hat das massive Auswirkungen: Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte werden zunehmend angegriffen, ihre Arbeit wird in Frage gestellt (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (2018); Marx/Kotlenga (2017); Spicker (2019)).

Initiativen und Vereine, die sich für die Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt einsetzen, werden im Netz und mittlerweile auch in Parlamenten heftig angefeindet (Kugler (2019)). Arbeitsbereiche, die sich dezidiert mit Gleichstellungsarbeit auseinandersetzen und diese voranbringen, geraten mehr und mehr in den Fokus rechtsautoritärer Aushandlungen (Roggeband (2018)).

Was ist Antifeminismus?

So vielfältig der Feminismus, die Frauenbewegungen und ihre unterschiedlichen Strömungen, Kämpfe und Forderungen waren und sind, so komplex und vielschichtig ist der Antifeminismus bzw. sind die Antifeminismen. Antifeminismus umfasst Gegenbewegungen zu emanzipatorischen Gesellschaftsveränderungen insbesondere hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses. Diese Gegenbewegungen haben zum Ziel, die Geschlechterverhältnisse einer idealisierten Vergangenheit wiederherzustellen (Blum (2019), S. 114). Antifeministische Kräfte formieren sich und agitieren gegen feministische Forderungen, oft als fortschrittsfeindlicher Reflex gegen frauenpolitische Errungenschaften oder öffentlich erhobene feministische Ansprüche. Antifeminismus kann somit auch als Indikator für eine starke Frauenbewegung verstanden werden (vgl. Planert (1998)).

⁴ In der deutschsprachigen Rechtsextremismusforschung gibt es, bis auf wenige Ausnahmen, für Ultra-Nationalismus und ethnischen Rechtsextremismus nicht besonders viel Aufmerksamkeit (vgl. Heitmeyer (1997); Mangel/Spaiser (2013); Borstel/Bozay (2016)). Das Forschungsdesiderat betrifft vor allem Untersuchungen zu Antifeminismus. Das Fehlen einer fachlichen Reflexion und Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien, Antifeminismus und Rechtsextremismus, der von migrantisch geprägten Communities ausgeht, kann in dieser Expertise nicht geklärt werden.

Auch wenn eine Abgrenzung zu Sexismus bisher nicht systematisch erfolgte, lässt sich das Phänomen Antifeminismus näher bestimmen. Frauenfeindlichkeit und Sexismus existierten schon lange vor der Entstehung der Frauenbewegung und bezeichnen die Abwertung von Frauen oder grundsätzlich die Abwertung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts⁵ (Schmincke (2018)). Unter Antifeminismus hingegen werden Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden, die sich direkt gegen die Frauenbewegungen und/oder den Feminismus und dessen Errungenschaften richten (Schenk (1980), S. 163; Planert (1998), S. 12). Mit Antifeminismus sind also keine misogynen Ausfälle einzelner Personen oder die Kritik an bestimmten feministischen Forderungen gemeint. Vielmehr adressiert er abwertend viele oder sämtliche feministische Forderungen und Ziele, oftmals in Form einer organisierten Reaktion (vgl. Planert (2000)). Gegenwärtig richtet sich die antifeministische Agitation vor allem gegen das Konzept Gender und gegen Genderforschung – oder vielmehr gegen das, was darunter verstanden wird (Schmincke (2018)). Stimmung gemacht wird aber auch gegen sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, gegen Gleichstellung und Gleichberechtigung sowie gegen politische Maßnahmen, die die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt oder die Beseitigung von Sexismus und Frauenfeindlichkeit zum Ziel haben.

////////// Antifeminismus richtet sich gegen Frauenbewegungen und ihre Errungenschaften.

Um Antifeminismus näher zu bestimmen, ist ein kleiner Umweg über den hier zugrunde gelegten Feminismusbegriff hilfreich. Ausgegangen wird von einem herrschaftskritischen und intersektionalen Feminismus, der es erlaubt, über bloße Gleichstellungspolitik innerhalb bestehender Strukturen hinauszugehen (Thiessen (2008), S. 38; Roggeband (2018), S. 29; Ferree/Mueller (2004), S. 277). Entgegen einem universalisierenden Verständnis werden unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven von Frauen in ihrer Verschränkung mit gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen – wie Abwertung aufgrund sozialer Herkunft, Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit – berücksichtigt (Ferree/Mueller (2004), S. 577; Hark (2001), S. 12). Zudem wird von einer Vielfalt von Geschlecht ausgegangen: Emanzipation, Anerkennung und Schutz von trans* und anderen nicht-binären Menschen zählen zu den Inhalten feministischer Politik.

Ein solcher Feminismus richtet sich notwendigerweise gegen alle Formen der Unterdrückung (Fritzsche (2018); siehe auch: Winkler/Degele (2009)).

Antifeminismus wiederum hängt eng mit anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Homo- und Trans*feindlichkeit und Antisemitismus zusammen. Dies lässt sich sozialpsychologisch mit dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erklären (Scheele (2016), S. 13). Das von Wilhelm Heitmeyer geprägte Konzept macht erstens deutlich: Grundlage der Abwertung ist die Feindschaft gegenüber einer sozialen Gruppe (bspw. Muslim*innen, Homosexuelle oder Frauen), nicht zwischen Individuen. Zweitens treten Abwertungsideologien oftmals gemeinsam auf und können unter dem Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit subsumiert werden (Heitmeyer (2012), S. 16 f.). So ist es wenig überraschend, dass bei der gegenwärtigen Konjunktur multipler Ungleichwertigkeitsideologien auch der Antifeminismus erstarkt.

5 Häufig wird von (Hetero-)Sexismus gesprochen. Heterosexismus beschreibt „eine Kultur und Struktur, in der (Zwei-)Geschlechtlichkeit und Heterosexualität als selbstverständlich und naturgegeben gelten. In dieser Logik gibt es genau zwei biologische Geschlechter (»Mann« und »Frau«) (...). Für Frauen geht damit ein Mangel an Selbstbestimmung und Unabhängigkeit einher, gegen den sie ankämpfen müssen, ebenso zum Beispiel ein erhöhtes Risiko, arm zu sein oder Opfer sexualisierter Gewalt zu werden. Das gilt ebenso und weiter reichend für Menschen mit Körpern, Identitäten und Sexualitäten, die von der heterosexuellen und zweigezogenen Norm abweichen. Lesben, Schwule und insbesondere trans* und inter* Menschen werden (...) in ihrer Existenz nicht anerkannt, sondern unsichtbar gemacht und abgewertet, häufig wird ihnen Gewalt angetan.“ (Hindemith u.a. (2019), S. 105). Heteronormativität beschreibt die Anerkennung von Zweigeschlechtlichkeit als gesellschaftliche Norm.

Aktuelle Ausformungen antifeministischer Agitation

Ein biologisches und heteronormatives Rollenverständnis sowie die Ablehnung pluralistischer Lebensentwürfe und ihrer Vorkämpfer*innen verbindet antifeministische Akteur*innen (Roggeband (2018), S. 29).

Die Themen Geschlecht und sexuelle Vielfalt werden als Scharnier zwischen verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen genutzt (Fritzsche (2018)); Antifeminismus als Ideologiefragment vereint ein ganzes Spektrum an Akteur*innen von der extremen Rechten über christliche Fundamentalist*innen und sogenannte Männerrechtsgruppen bis hin zur konservativen Presse und zu parlamentarischen Rechtspopulist*innen (Lang/Peters (2018), S. 29) oder Akteuren des politischen Islam. Rechtsautorität und extrem rechte Bewegungen machen sich zunutze, dass antifeministische Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fallen. Mit dem „Einstiegsthema“ Antifeminismus mobilisieren sie bis in konservativ-bürgerliche Kreise (Tuider/Dannecker (2016), S. 17; Villa (2017), S. 99).

//////////////////// Antifeministische Einstellungen fallen auch in der Mitte der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden.

Der antifeministische Diskurs hat sich seit den 1990er Jahren verschoben: weg von der Opposition gegen klassische Errungenschaften der Frauenbewegung hin zur Ablehnung der modernen Genderforschung, die Geschlecht als soziales Konstrukt betrachtet (Maihofer/Schutzbach (2015), S. 202; Hark/Villa (2015), S. 7). Dass gerade ein dekonstruktives Geschlechterverständnis angegriffen wird, liegt daran, dass damit die als „natürlich“ verteidigte Ordnung ganz besonders stark ins Wanken gebracht wird (Villa (2017), S. 99). Daneben streiten Antifeminist*innen für den Erhalt eines rassistischen und heteronormativen Staatsverständnisses (Villa (2017), S. 100). Vor diesem Hintergrund sind auch vermeintliche Plädoyers für die Emanzipation

der Frau zu verstehen, die im gleichen Atemzug das Bild eines „übergreifigen Fremden“ erschaffen. Mit dieser Ethnisierung von Sexismus werden vor allem rassistische Anti-Migrations-Diskurse befeuert (Dietze (2015), S. 27).

Antifeministische Arenen, Narrative und Strategien

Antifeminist*innen agieren bei Demonstrationen auf der Straße, als Abgeordnete in Parlamenten und als Journalist*innen in den Medien. Die große Anschlussfähigkeit ihrer Positionen wird daran deutlich, wie zahlreich sie nicht nur in neurechten Zeitungen, sondern auch in konservativen bis liberalen Medien zu finden sind (Drüeke/Klaus (2014), S. 60; Gesterkamp (2015), S. 59). Dabei ist das Netz als Aktionsraum für antifeministische Gruppierungen und Einzelakteur*innen seit Beginn der 2000er zunehmend von Bedeutung. In den Sozialen Medien und auf rechtspopulistischen und extrem rechten Blogs werden Hasskampagnen anonym und mit vergleichsweise geringem Ressourceneinsatz organisiert (Illgner (2018), S. 260 ff.). Die physische Abwesenheit des Gegenübers erleichtert seine Entmenschlichung, die empfundene Anonymität und Straffreiheit beflügeln die Enthemmung der Hassenden (Illgner (2018), S. 256). Frauen sind im Netz in besonderem Maß von Hassrede betroffen, sodass von einer „neuen Variante der strukturellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ gesprochen wird (Ganz (2013), S. 20).

Antifeministische Akteur*innen haben eine Vielzahl von Narrativen entwickelt, um feministische Ziele und Errungenschaften zu diffamieren. So beklagen sie den vermeintlichen Verlust traditioneller Männlichkeit und die angebliche Vorherrschaft eines machtvollen Feminismus, der die „natürliche“ Ordnung der Geschlechter und die heterosexuelle Familie zerstöre (Lang/Peters (2018), S. 27). Feminist*innen wird zudem eine „Frühsexualisierung“ sowie „Umerziehung“ von Kindern zu vielfältigen Lebensweisen vorgeworfen (Laumann/Debus (2015), S. 282; Schmincke (2015), S. 99 f.). „Gender“ wird zum vermeintlichen Ausdruck einer behaupteten staatlichen Intervention in die elterliche Erziehung und sexuelle Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen (Lang (2015), S. 174). Darüber

hinaus existieren vielfältige Narrationen um die Geschlechterforschung: Sie sei keine Wissenschaft, sondern eine Ideologie, die die christliche Zivilisation zerstören wolle (Lenz (2018), S. 21 ff.; Mayer u.a. (2018), S. 49 ff.); Gender Studies werden als Teil einer vermeintlichen Staatsräsion diffamiert, die eine „Genderisierung“ von Wissenschaft und Verwaltung herbeiführe (Hark/Villa (2015), S. 22 f.).

Elementarer Bestandteil antifeministischer Narrative ist die systematische Falschdarstellung und Umdeutung feministischer Ziele und Errungenschaften (Gesterkamp (2015), S. 60; Mayer u.a. (2018), S. 48). Begriffe werden ins Gegenteil verkehrt, beispielsweise wird Gender zur „Gender-Ideologie“ verdreht oder die Antidiskriminierung von Minderheiten und Frauen zur Diskriminierung von Mehrheiten (aka Männern) uminterpretiert (Rahner (2018)). Die Freiheit, Lebensentwürfe zu leben, wird mit Zwang und „Umerziehung“ gleichgesetzt, Geschlechtergerechtigkeit wird zur Erniedrigung oder „Verweiblichung“ des Mannes umgemünzt, und geschlechtergerechte Sprache wird als Mittel zur Auslöschung der deutschen Sprache inszeniert.

Häufig sind diese Narrative in kampagnenförmige Angriffe gegen Personen oder Organisationen, die sich feministisch äußern, eingebettet. Zum Repertoire gehören neben Trolling⁶ und Mansplaining⁷ auch die öffentlich artikulierte Abwertung feministischer Positionen als ideologisch und manipulativ (Drüeke/Klaus (2014), S. 63 ff.). Eine weitere Strategie besteht darin, feministische Akteur*innen über Wochen und Monate hinweg mit antifeministischen Positionen zu adressieren, um sie zu zermürben (Ganz/Meßmer (2015), S. 67 f.; Kugler (2019), S. 3 ff.). Darüber hinaus nutzen antifeministische Akteur*innen Hate Speech, um Individuen zu diffamieren (vgl. Meibauer (2013), S. 1). Dazu zählen neben diskriminierenden Anreden auch konkrete Gewalt-, Vergewaltigungs- und Morddrohungen sowie das Veröffentlichen privater Daten, etwa der Wohnadresse (vgl. Ganz/Meßmer (2015), S. 65; Herrmann (2015), S. 88 f.). Die Platzierung antifeministischer Beiträge in „Qualitätsmedien“ verstärkt sowohl die Legitimierung antifeministischer Positionen als auch die Delegitimierung feministischer Positionen (Ganz/Meßmer (2015), S. 68).

Die Strategien haben zum Ziel, gesamtgesellschaftlich auf einen antifeministischen Konsens hinzuwirken und die abwertende Konnotation des Begriffs Feminismus im Mainstream-Diskurs zu verstetigen (Lang/Fritzsche (2018), S. 342). Zudem sollen Menschen durch Angst vor Gewalt oder weiteren Angriffen zum Schweigen gebracht werden. Nicht zuletzt streben Antifeminist*innen an, feministischen Positionen durch konstante Diffamierung die Legitimation zu entziehen (Herrmann (2015), S. 89 f.).

////////////////////////////////////
Feministische Positionen
sollen durch konstante
Diffamierung geschwächt
werden.

6 Bezeichnet Handlungen, die einen Kommunikationsverlauf stören sollen (Ganz/Meßmer (2015), S. 62 f.).

7 Hierunter fallen paternalistische Artikulationsweisen von Männern gegenüber Frauen (Ganz/Mesmer (2015), S. 62 f.).

//////////////////// ERFAHRUNGEN DER MITGLIEDS- VERBÄNDE DES DEUTSCHEN FRAUENRATS MIT ANTI- FEMINISMUS

Im Folgenden werden zentrale Thesen, Analysen und Ergebnisse aus anonymisierten Einzelinterviews mit Vertreterinnen von Mitgliedsverbänden des DF vorgestellt. Die sechs leitfadengestützten persönlichen Interviews fanden zwischen Januar und März 2020 statt und wurden inhaltsanalytisch ausgewertet. Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen wurde versucht, die große Bandbreite der im Deutschen Frauenrat vertretenen Verbände und Vereine abzubilden. Sie reicht von konfessionellen Verbänden und Berufsverbänden über Frauengruppen der Gewerkschaften bis hin zu überkonfessionell und überparteilich arbeitenden Organisationen mit vielfältigen sozialen und politischen Aufgaben. Die eine Hälfte der befragten Personen ist hauptamtlich tätig, die andere ehrenamtlich.⁸ Die DF-Mitglieder sind unterschiedlich organisiert und aufgestellt, z.B. als Vereine oder Verbände.

Einige vertreten direkt eine Berufsgruppe und greifen in ihren Schilderungen teilweise auf die Erfahrungen ihrer Mitstreiter*innen „vor Ort“ bzw. in der Praxis zurück. Andere treten wiederum als Interessensgemeinschaften gesellschaftlicher Gruppen auf. Die qualitative Studie mit einer Befragung von zehn Prozent der Mitgliedsverbände wirft ein Schlaglicht auf Strategien und Praxen antifeministischer Mobilisierungen.

Ignorieren, beleidigen, bedrohen – Verbandspolitischer Alltag zwischen Gleichgültigkeit und Hetze

Die Mehrheit der befragten Verbände und -vereine sind als übergeordnete Organisationen kaum oder nur vereinzelt direkten antifeministischen Anfeindungen ausgesetzt. Von den Befragten werden dafür unterschiedliche Gründe angeführt, beispielsweise dass der Verband oder Verein über geringe Mitgliederzahlen und keine große Reichweite verfüge: „Wir sind nicht so sehr öffentlich angegriffen in Form von Shitstorms. Das liegt aber wahrscheinlich auch daran, dass wir als Verband nicht so sichtbar sind“, erklärt eine Befragte. „Dazu sind wir zu klein, als dass wir da im Fokus der Öffentlichkeit stehen“ (Interview 6, S. 1). Auch dass sich die Mitgliedsverbände in der Regel an Personen richteten, die der Arbeit wohlgesonnen seien und ihr große Wertschätzung entgegenbrächten, wird als mögliche Ursache erwähnt.

Einige der Befragten erlebten jedoch dezidiert antifeministische Anfeindungen. Diese reichen vom Ignorieren der eigenen Arbeit in parlamentarischen Gremien über Beleidigungen und Drohungen durch (anonyme) Briefe, E-Mails und Kommentare in den Sozialen Netzwerken und auf Veranstaltungen bis hin zu sehr persönlichen Hasskampagnen und Shitstorms. Eine Befragte schildert ihre Erfahrungen bei der Vorstellung eines Positionspapiers im Landtag folgendermaßen: „Da saß auch das entsprechende AfD-Ausschussmitglied, und da habe ich die Erfahrung gemacht – wir werden einfach ignoriert. Also es ist gar nicht so gewesen, dass kritisch nachgefragt wurde bei unseren Positionen, sondern ich wurde inhaltlich und personell einfach ignoriert“ (Interview 4, S. 6). Die Abwertung feministischer Arbeit zeigt sich hier darin, dass sie ignoriert und nicht ernst genommen wird.

⁸ Wobei sich Perspektiven und geschilderte Erfahrungen auch überschneiden können, beispielsweise können Interviewpartnerinnen ehrenamtlich im Vorstand eines Verbandes tätig sein, aber gleichzeitig auch angestellt bei einem Arbeitgeber sein, der Mitglied im Verband ist. Die Erfahrungen konnten in den Interviews nicht immer trennscharf von den jeweiligen Tätigkeiten abgegrenzt werden. Um die Anonymität der Interviewpartnerinnen in den folgenden Darstellungen gewährleisten zu können, ist auf das genaue Arbeits- oder Ehrenamtsverhältnis vor allem dann eingegangen worden, wenn eine Einordnung erforderlich erschien. Dies betrifft auch Begrifflichkeiten, die ein Arbeitsverhältnis auf den ersten Blick widerspiegeln, wie beispielsweise „Kolleg*innen“. Diese sind in der Expertise teilweise – auch durch die Interviewpartnerinnen – auch für ehrenamtlich arbeitende Personen verwendet worden. Zum einen um - wie beschrieben - die Anonymität gewährleisten zu können und zum anderen, um eine Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit abzubilden. Gleichzeitig sind sich die Beteiligten über ungleiche Machtverhältnisse im Verhältnis von Ehrenamt und Hauptamt bewusst.

Persönliche Angriffe als Strategie

Offenbar nehmen die Anfeindungen zu, wenn die den Mitgliedsverband betreffenden Themen gerade in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Weiterhin schnell der Hass in die Höhe, wenn der Mitgliedsverband sich zu „Reizthemen“ öffentlich äußert, Beschlüsse fasst oder sich positioniert (Interview 4, S. 8, Interview 5, S. 11). Sie sind besonders massiv, wenn rechtspopulistische und extrem rechte Medien und Blogs eine Schmä- und Hetzkampagne initiieren. Dies geschieht, indem Artikel über den Verband oder Verein und die dort arbeitenden Personen verfasst und die jeweiligen Leser*innen dazu aufgerufen werden, diese zu teilen. Die Angriffe setzen dabei häufig auf einer persönlichen Ebene an, beispielsweise indem die Vorsitzenden persönlich diffamiert und mit Hass überschüttet werden: „Wenn man dann merkt, da ist gerade wieder eine Welle, dann muss man davon ausgehen, dass ein rechtes Blatt oder ein rechter Blog oder eine rechte Seite über einen geschrieben hat. Und die fokussieren sich schon auf Personen, die versuchen immer, den skandalösen Effekt über die Person zu erzielen“ (Interview 5, S. 11).

Antifeministische Anfeindungen gegenüber der Verbands-/ Vereinsarbeit vermischen sich oft mit sexistischen Abwertungen und Diffamierungen der Mitarbeiter*innen und Vorsitzenden: „Also Hasskommentare kann ich gar nicht mehr zählen. Wobei es eigentlich auf meinem privaten Profil so gut wie gar nicht passiert, sondern in erster Linie auf dem verbandlichen Profil – aber da ist man ja oft mit so einem Sharepic als Person zu sehen, wenn man eine Positionierung raushaut. Da ist es schon so eine mittelhohe dreistellige Zahl“ (Interview 5, S. 10). Darüber hinaus stellen die Befragten fest, dass die persönlichen Angriffe vergeschlechtlicht sind. In den Anfeindungen wird häufig abwertend auf Weiblichkeit Bezug genommen (Interview 4, S. 9). Auffällig ist zudem, dass weibliche Vorsitzende und Mitarbeiterinnen häufiger im Fokus von Angriffen zu stehen scheinen (Interview 2, S. 9) als männliche Kollegen in gemischtgeschlechtlichen Verbänden oder Vereinen: „Vor allem ein Mann und ich stehen relativ viel in der Öffentlichkeit, weil wir sehr viele Themen bespielen, mit denen wir öffentlichkeitswirksam nach außen gehen, und nur ein, zwei Mal hat auch er es abbekommen. Aber ansonsten liegt es größtenteils bei mir“ (Interview 5, S. 11).

Diskreditieren, verlachen, beleidigen – Anfeindungen gegen Mitgliedsverbände und Akteur*innen vor Ort

Auch wenn der jeweilige (Dach-)verband nicht oder nur vereinzelt angefeindet wird, sind viele Akteur*innen in den Berufsfeldern vor Ort mit Angriffen konfrontiert, so berichten es mehrere Interviewpartnerinnen (Interview 6, S. 1). Für die vor Ort besonders angefeindeten Akteur*innen komme hinzu, dass sie nicht auf institutionellen Schutz zurückgreifen könnten, thematisiert eine Interviewpartnerin (Interview 5, S. 12).

//////////////////// **Viele engagierte Frauen sind Vorurteile und spitze Bemerkungen gewohnt.**

Viele Frauen, die sich in Vereinen und Verbänden für frauenpolitische Themen einsetzen oder im Bereich der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik aktiv sind, sind Vorurteile und spitze Bemerkungen gewohnt. Sie erleben, dass ihre Arbeit durch Nachfragen, Kommentare oder „Witze“ kritischer betrachtet und eher verhöhnt, karikiert oder nicht ernst genommen wird, als dies in anderen Berufsfeldern der Fall ist. Frauenpolitischer Verbands- und Vereinsarbeit wird häufig mit einer ablehnenden Grundhaltung begegnet. Dies ist der Nährboden, auf dem antifeministische Anfeindungen gedeihen. Diese kommen aus unterschiedlichen Richtungen und Zusammenhängen: von (insbesondere) männlichen Kollegen vor Ort, von Vorgesetzten, von unterschiedlichen Verwaltungsebenen, durch Kleine Anfragen auf der parlamentarischen Ebene – und von extrem rechten und antifeministischen Akteur*innen. Allen gemein ist eine grundlegend ablehnende, in Teilen auch abwertende Haltung.

Neu ist: Auch ablehnende Haltungen, die von nicht einschlägiger, also nicht extrem rechter Seite vorgetragen werden, beziehen sich auf antifeministische Ideologiefragmente und bedienen sich der Wortwahl extrem rechter Milieus. Eine Befragte schildert, wie männliche Kollegen sich

über ihre gleichstellungspolitische Arbeit bei den Vorgesetzten beschwerten – ein zunächst nicht ungewöhnlicher Vorgang und Alltag in frauenpolitischer Arbeit. In ihrem Beschwerdebrief zogen die Kollegen aber nicht nur die Gleichstellungsarbeit ins Lächerliche, sondern sie verwendeten zudem antifeministische Begrifflichkeiten, um diese abzuwerten und als ideologisch zu diffamieren: „Sie haben in diesem Beschwerdebrief erklärt, wie unmöglich sie das ganze Ding finden, und haben sehr stark Versatzstücke wie ‚Gender-Ideologie‘ und ‚indoktrinieren‘ und ‚totalitär‘ verwendet und gesagt, es wäre eigentlich gar nicht Teil ihrer Arbeit und man solle sie damit in Ruhe lassen – immer verbunden mit diesen Vokabeln, die sehr einschlägig sind“ (Interview 3, S. 15).

//////////////////// Antifeministische Haltungen kommen längst nicht nur von rechter Seite.

Der Begriff „Gender-Ideologie“ zielt in antifeministischen Kreisen darauf ab, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik, Frauen- und Geschlechterforschung, Frauenbewegungen sowie queerfeministischen Aktivismus als ideologisch motiviert zu diffamieren und zu delegitimieren. Ebenso ist der Totalitarismuskritik ein gängiges antifeministisches Ideologiefragment; verbunden ist er mit der Behauptung, die vorgebliche „Umerziehung“ durch den „Staatsfeminismus“ sei ein Instrument des politischen Gegners. Über diese Vorwürfe und in Kombination mit Begriffen wie „Genderwahn“ oder „Gender-Gaga“ werden Anschlussfähigkeiten an breite Teile der Bevölkerung gesucht; dies kann zu einer schleichenden Normalisierung extrem rechter und antifeministischer Positionen führen. Darauf weist auch die Befragte selbst hin. Sie stellt fest, dass diejenigen, die ihre Arbeit diffamieren, „nicht Parteimitglieder [der AfD] sind, aber von ihren Gesten und von ihrer Haltung her sehr eindeutig sind und das genutzt haben, um zu gucken, ob sie damit durchkommen. Und da dachte ich: Genau so funktioniert es mit der Mitte der Gesellschaft, so kriegt man dann auch da Öffnung rein“ (Interview 3, S. 15).

Umdeuten, verschieben, vereinnahmen – Instrumentalisierung der eigenen Arbeit durch antifeministische Akteur*innen

Über groß angelegte Aktionen und Veranstaltungen versuchen extrem rechte oder antifeministische Akteur*innen seit einigen Jahren, bestimmte Zielgruppen der Frauenverbände und -vereine anzusprechen und für reaktionäre und antifeministische Ideen zu mobilisieren. Gleichzeitig ist damit der Versuch verbunden, das Arbeitsfeld ideologisch umzudeuten. So verweist eine Interviewpartnerin auf entsprechende Berichte ihrer Kolleginnen aus dem Verband/Verein und aus untergeordneten Strukturen auf Landesebene. Diese stellten verstärkte Bemühungen antifeministischer Akteur*innen fest, Adressat*innen, Zielgruppen und Themen der Verbandsarbeit zu vereinnahmen: „Das ist schon lange ein Thema, dass über Themen wie ‚wahre Mutterschaft‘ oder ‚Erziehung zur guten Frau‘ versucht wird, Angebote zu machen. Das war, glaube ich, 2010 schon so. Es ist jetzt massiver“ (Interview 2, S. 16).

Rassistische Instrumentalisierungen von Frauenrechten und feministischen Anliegen

Eine beliebte Strategie extrem rechter und antifeministischer Akteur*innen ist es, Inhalte und Themen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, sprich: Dies betrifft insbesondere die rassistische Umdeutung feministischer Anliegen. Eine Interviewpartnerin berichtet Folgendes: In einer Stellungnahme zu einem Gesetz hätten sie als Verband argumentiert, dass bei der Anerkennung des Berufes von Frauen aus anderen Ländern ein bestimmtes Sprachniveau wichtig sei, um den Beruf ausüben zu können. Die Empfehlungen seien sachlich begründet dargelegt worden. Dennoch sei die Stellungnahme in der Anhörung „total instrumentalisiert“ worden: „Sie [die AfD] haben uns nicht direkt zitiert. Sie haben aber unsere Argumentation für gute Sprachkenntnisse genommen und daraus gemacht, dass Ausländer*innen diese Aufgabe nicht übernehmen sollten“ (Interview 1, S. 9).

Seit den Silvesterereignissen in Köln 2015/2016 gibt es zahlreiche Mobilisierungen, die feministische Anliegen zum Schutz von Frauen vor (sexualisierter) Gewalt rassistisch instrumentalisieren. Die Aufmärsche rund um Kandel 2018 („Frauenbündnis Kandel“, „Kandel ist überall“), der „Frauenmarsch“ 2018 in Berlin oder die Demonstration „Mütter gegen Gewalt“ 2018 in Nordrhein-Westfalen zeigen: Eines der zentralen Mobilisierungsthemen extrem rechter und antifeministischer Akteur*innen ist der vorgeliebte Schutz „unserer Frauen“ und „unserer Kinder“ vor einem imaginierten „übergreifigen Fremden“. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus wirken hier auf mehrfache Weise: Männern, die als muslimisch oder migrantisch wahrgenommen werden, wird per se unterstellt, sexistisch und sexuell übergriffig zu sein und die „eigenen Frauen“ zu unterdrücken; muslimischen und migrantischen Frauen wird abgesprochen, selbstbestimmte Entscheidungen über ihre Körper und Lebensweisen treffen zu können.

//////////////////// Rassistisch gelesene Frauen erleben andere Formen von Antifeminismus.

Diese Melange aus Rassismus und Antifeminismus hat vor allem für migrantische und muslimische Frauen drastische Auswirkungen. In ihren Erfahrungen verschränken sich antifeministische mit rassistischen und/oder antimuslimischen Abwertungen. So erleben rassistisch gelesene Frauen andere Formen von Antifeminismus. Die Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen und ihre Auswirkungen werden auch unter dem Begriff „Intersektionalität“⁹ zusammengefasst. In der Forschung wird unter dem Begriff analysiert, wie sich unterschiedliche soziale Kategorien wie Geschlecht, soziale Klasse, Ethnizität, Sexualität, Nationalität und Behinderung auf gesellschaftliche Benachteiligungen oder Privilegierungen auswirken. Diese Beobachtung machen mehrere Befragte und weisen darauf hin, dass neben extrem rechten und

antifeministischen Akteur*innen auch frauenpolitische Akteurinnen und Feministinnen antifeministisch-rassistische Positionen teilen (Interview 2, S. 5, Interview 4, S. 11). Dazu sagt eine Interviewpartnerin: „Es ist in dem Sinne antifeministisch, dass man muslimischen/migrantischen Frauen aufgrund der Lebensweise überhaupt die Fähigkeit abspricht, selbstbestimmt zu sein“ (Interview 4, S. 12). Jede Frau solle die Möglichkeit haben, so zu leben und ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für sich selbst möchte: „Diese Möglichkeit wird ihnen einfach abgesprochen, und das würde ich schon auch als antifeministisch bezeichnen, weil es eben auch eine bestimmte, mehrheitlich gedachte Sicht auf Feminismus [...] sozusagen zum Monopol erklärt“ (Interview 4, S. 12). Der zugrunde liegende Mechanismus ist in der rassistuskritischen Theoriebildung lange beschrieben: Durch rassistische Abwertungen kann sich die christlich-weiße Mehrheitsgesellschaft als fortschrittlich, emanzipiert und progressiv inszenieren. Entlarvend waren diesbezüglich die Statements einiger in der Öffentlichkeit stehender Männer, die sich nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016 als Frauenrechtler aufgespielt haben – während sie frauenpolitischen Themen ansonsten ablehnend gegenüberstehen (vgl. Dietze (2016)).

Die einschränkende, abwertende und paternalistische Sicht auf muslimische und migrantische Frauen hat ihr Pendant in der ebenso einschränkenden Sicht auf muslimische und migrantische Männer: Die Interviewpartnerinnen schildern, wie schwierig es sei, das Thema Männlichkeiten und patriarchale Strukturen losgelöst von den Themen Migration und Herkunft zu thematisieren (Interview 2, S. 5, Interview 4, S. 11). Sexualisierte und strukturelle Gewalt und toxische Männlichkeiten zu thematisieren und für die Zielgruppen besprechbar zu machen, bleibe eine große Herausforderung. Politische Vereinnahmungen, Instrumentalisierungen und rassistisch aufgeladene Skandalisierungen führen auch dazu, dass eine Auseinandersetzung mit Sexismus und Gewalt an Frauen innerhalb migrantischer Communities verunmöglicht wird.

9 Der Begriff wurde 1989 von der Schwarzen Feministin Kimberlé Crenshaw eingeführt, die mit ihrem Aufsatz „Demarginalizing the Intersection of Race and Sex“ die US-amerikanische Rechtsprechung in Bezug auf Antidiskriminierungsfälle tiefgreifend kritisierte. Seitdem wurde das Konzept um verschiedene Diskriminierungsformen weiterentwickelt und reflektiert (vgl. Reach everyone on the planet ... (2019)).

Instrumente antifeministischer Anzweiflungen, Anfeindungen und Angriffe

Anträge und Anfragen in parlamentarischen Gremien

Besonders in der gleichstellungspolitischen Arbeit sind Akteur*innen vor Ort immer häufiger in die Beantwortung Kleiner Anfragen, die von der AfD eingebracht wurden, involviert. Diese Anfragen haben häufig zum Ziel, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken in Frage zu stellen, als ideologisch zu brandmarken oder abzuschaffen, Auskünfte zu Inhalten, Personalien und Finanzierungen zu erhalten und bisweilen auch, ganze Berufsstände zu diffamieren. Diese Form der Anfeindung bindet Ressourcen, da in der Regel unterschiedliche Stellen in die Beantwortung der Anfragen, für die kurze Fristen angesetzt sind, einbezogen werden müssen (Interview 3, S. 13).

Störungen auf Veranstaltungen und tendenziöse Berichterstattung

Vereinzelt erzählen Interviewpartnerinnen von Störungsversuchen auf Veranstaltungen. So schildert eine, dass ein Journalist, der in einem rechtspopulistischen Medium publiziere, bei einer Veranstaltung negativ durch seine Äußerungen aufgefallen sei. Im Nachgang habe er einen Artikel publiziert, in dem Aussagen aus dem Kontext gerissen und falsch zugespitzt worden seien (Interview 3, S. 15). Andere Befragte machten die Erfahrung, dass nach Auftritten bei öffentlichen Veranstaltungen in rechtspopulistischen und extrem rechten Medien diffamierend und antifeministisch über sie berichtet wurde (Interview 5, S. 10).

Diffamierung und Bedrohung auf Social Media

Für manche der befragten Mitgliedsverbände sind antifeministische Beleidigungen und Bedrohungen in den sozialen Medien ein eher punktuelles Problem: „Da kommen dann schon so ein paar Unbelehrbare. Aber das hält sich in Grenzen“ (Interview 6, S. 1). Für andere

gehören Anfeindungen auf Social Media inzwischen zum konstanten Begleiter im Alltag frauenpolitischer Verbandsarbeit. Vor allem auf lokaler Ebene bekommen Mitgliedsverbände und Akteur*innen das immer häufiger zu spüren. Als ein Mitgliedsverband eine Veranstaltung zur Rolle von Geschlecht im Rechtsextremismus organisierte, riefen mehrere extrem rechte und antifeministische Akteur*innen dazu auf, die Tagung „zu stürmen“ (Interview 2, S. 13). Andere Mitglieder erzählen, dass sie nach einer öffentlichen Positionierung die Facebook-Seite des Vereins zeitweise offline nehmen mussten. Es sei nicht mehr möglich gewesen, die Anzahl der Hasskommentare zu moderieren (Interview 2, S. 18).

Einschüchterungsversuche, öffentliche Bedrohungen, Vergewaltigungs- und Morddrohungen

Eine Befragte berichtet von direkten Einschüchterungsversuchen am Arbeitsort einer Kollegin: „Mir wurde berichtet, da hat es Graffiti-Anschläge gegeben, unter anderem auf einen Gebäudeteil, in dem auch Kolleginnen untergebracht sind, da wusste jemand auch, wo er was hinspraut. Mit SS-Runen dran und mit ‚Wir kriegen euch!‘. Also sehr massive, verbale Bedrohung“ (Interview 3, S. 13). Eine andere Befragte gibt das Erlebnis einer Kollegin wieder, die nach einer Veranstaltung von einem Mitglied einer antifeministischen Männerrechtsgruppierung verfolgt wurde (Interview 2, S. 9). Sehr häufig enthalten Bedrohungs- und Einschüchterungsversuche Vergewaltigungsandrohungen, sei es über soziale Medien oder über andere Kontaktmöglichkeiten. Vergewaltigungsdrohungen treffen insbesondere Frauen und sind seit jeher eine beliebte Strategie extrem rechter und antifeministischer Akteur*innen, um Frauen einzuschüchtern und von ihrem politischen Engagement und ihrer Arbeit abzubringen (vgl. Ganz/Meßmer (2015), S. 65; Herrmann (2015), S. 88 f.).

////////////////////
Unterschiedliche
Erfahrungen belegen
die große Heterogenität
der Angreifenden.

Häufig werden rassistische, sexistische und antifeministische Komponenten miteinander verknüpft. So wird Frauen, die sich in feministischen Initiativen oder frauenpolitischen Gruppierungen engagieren, nicht selten eine Vergewaltigung durch muslimische oder migrantische Männer gewünscht. Eine Befragte erzählt, dass eine Kollegin unter Polizeischutz gestellt werden musste, als sie anlässlich ihrer Zusammenarbeit mit einer lokalen muslimischen Jugendorganisation Morddrohungen erhalten habe (Interview 5, S. 9).

Akteur*innen antifeministischer Anzweiflungen, Anfeindungen und Angriffe

Die Bandbreite unterschiedlicher Erfahrungen mit Antifeminismus spiegelt die Heterogenität der Angreifenden wider. Die Befragten ordnen die Anfeindungen und Angriffe unterschiedlichen Spektren zu: von Kritiker*innen aus den eigenen Reihen über konservative und eher bürgerliche Kräfte bis hin zu dezidiert männerrechtlichen Gruppierungen sowie rechtspopulistischen und extrem rechten Akteur*innen, ihren Blogs und Zeitschriften (Interview 3, S. 18, Interview 4, S. 8, Interview 5, S. 8). „Das sind sehr verschiedene Strömungen, die aber einen ähnlichen inhaltlichen Einschlag haben“, erklärt eine Interviewpartnerin (Interview 3, S. 18). Sie alle teilen eine rückwärtsgewandte, vereindeutigende, traditionalistische und biologistische Vorstellung von Geschlechterrollen („typisch Mann“, „typisch Frau“) und von Lebens- und Lebensweisen (heterosexuelle, weiße Kleinfamilie), die verteidigt werden muss. Auf konkrete Personen oder Gruppierungen lassen sich Anfeindungen und Angriffe allerdings nicht immer zurückführen – vor allem dann nicht, wenn diese auf öffentlichen Veranstaltungen oder in den sozialen Medien erfolgen.

Auswirkungen antifeministischer Dynamiken auf die Arbeitspraxis

Nicht alle der befragten Mitgliedsverbände des Deutschen Frauenrats erfahren direkte antifeministische Anfeindungen. Die beschriebenen aktuellen Herausforderungen und die wahrgenommene Normalisierung antifeministischer und antidemokratischer Positionen haben jedoch grundsätzliche Auswirkungen auf die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung ihrer Arbeit.

//////////////////// Antifeminismus beeinflusst die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung der Arbeit in Frauenverbänden.

Gesteigerte Aufmerksamkeit und erweiterte Aufgabenbereiche

Bei allen Befragten lässt sich feststellen, dass sie dem Themenfeld Antifeminismus inzwischen größere Aufmerksamkeit widmen (müssen). Dies beinhaltet festzustellen, welche Bedarfe es im jeweiligen Verband oder Verein und bei den Akteur*innen vor Ort gibt, sich dazu fortzubilden und auszutauschen und gemeinsam darauf zu reagieren. Teilweise entstehen auf diese Weise neue Aufgabenbereiche. Eine Befragte berichtet, dass ihr Mitgliedsverband eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe, um sich inhaltlich mit antifeministischen Narrativen, Strategien und Akteur*innen zu beschäftigen, die Kolleg*innen zu sensibilisieren und eigene Handlungsstrategien zu entwickeln: „Wir haben eine eigene Struktur dazu entwickelt. Wir haben uns dazu politisch positioniert. Das machen wir auch nicht zu jedem Thema. Also das ist glaube ich eine Änderung. Wir sensibilisieren uns und unsere Kolleginnen dafür“ (Interview 3, S. 19).

Auch die Öffentlichkeitsarbeit steht vor neuen Herausforderungen. Mitgliedsverbände positionieren sich in öffentlichen Stellungnahmen, denen ressourcenintensive interne Verständigungsprozesse vorausgehen. Umfassender als bisher tauschen sich die Beteiligten verbands-/vereinsintern über Begriffe, sprachliche Regelungen, Positionen und Selbstverständnisse aus, um keine Angriffsfläche zu bieten und die Instrumentalisierung seitens antifeministischer Akteur*innen zu verhindern, denn: „Wir würden uns glaube ich fast alle, also ganz viele von uns, als Feministinnen bezeichnen. ‚Frauenpolitisch‘ polarisiert weniger, das ist klar“ (Interview 1, S. 13).

Die Zitate verdeutlichen, dass diese Entwicklungen auch als Chance verstanden werden, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen oder transparent zu machen und sich auf gemeinsame (feministische) Haltungen und Positionen zu verständigen – dies aber auch zu müssen.

Anzeigen und Sicherheitsvorkehrungen

Einige DF-Mitgliedsverbände, die mittlerweile stark mit Abwertungen und Drohungen konfrontiert sind, versuchen diese zu dokumentieren und anzuzeigen, sofern sie strafrechtlich relevant sind. Das aber bindet zusätzlich wertvolle Ressourcen und ist in den dichten Arbeitsalltag nicht leicht zu integrieren: „Wir haben eine Zuschrift bekommen, die war dann schon ein bisschen radikaler, das haben wir dann tatsächlich polizeilich gemeldet. Da ist dann in der Folge nichts passiert, aber wir wollten das zumindest weitergeben, melden, der Statistik zugänglich machen. Und das ist natürlich die Problematik: Ich nehme mir oft vor, das bringe ich zur Anzeige – und dann lasse ich es in meinem Posteingang liegen und kümmerge mich nicht mehr drum. Weil es auch so viele andere Sachen gibt, die wichtiger sind“ (Interview 4, S. 8 ff.).

//////////////////// Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, gehört jetzt zur Veranstaltungsplanung dazu.

Auch strategische Überlegungen bezüglich möglicher Sicherheitsvorkehrungen werden neuerdings angeregt und umgesetzt. So beschäftigen sich einige DF-Mitgliedsverbände erstmalig mit Sicherheitskonzepten für eigene Veranstaltungen und Tagungen. Bei der Konzeption von Veranstaltungen wird miteinbezogen, welche extrem rechten und antifeministischen Akteur*innen und Strukturen es vor Ort gibt. Eine beliebte extrem rechte und antifeministische Strategie ist es, bei Veranstaltungen Raum einzunehmen und die eigenen Inhalte zu platzieren oder gegen eine Veranstaltung öffentlich zu mobilisieren. Daher

suchen befragte Mitgliedsverbände nun nach Möglichkeiten, Kolleg*innen und Teilnehmende auf potentielle Störer*innen oder Anfeindungen vorzubereiten: „Es ist das erste Mal, dass wir auch in der Vorbereitungsgruppe über Sicherheitskonzepte reden. Die Frage: ‚Wie fit müssen wir uns machen oder wie fit müssen wir unsere Teilnehmer*innen der Tagung machen, damit sie diese Diskursstrategien erkennen?‘ Damit wir eine Idee kriegen, wie man damit umgehen kann. Das ist tatsächlich etwas Neues“ (Interview 3, S. 20).

Die Arbeitsbelastung in frauenpolitischen Vereinen und Verbänden sei aufgrund finanzieller Kürzungen und eines hohen Anteils ehrenamtlicher Arbeit konstant hoch. Die erweiterten Aufgabenbereiche rund um das Thema Sicherheit und die erhöhte Sensibilisierung für (potentielle) antifeministische Anfeindungen binden zusätzlich Ressourcen und führen zu einer noch höheren Arbeitsbelastung (Interview 2, S. 3, Interview 3, S. 9, Interview 4, S. 4).

Erhöhte Frequenz antifeministisch-rassistischer Anfeindungen

Auffällig ist, dass einige Mitglieder eine stark erhöhte Frequenz antifeministischer Anfeindungen und Diskriminierungsfälle feststellen. Dies scheint insbesondere für jene Mitgliedsverbände zu gelten, die sich für von Mehrfachdiskriminierung betroffene Frauen einsetzen (z.B. für lesbische, geflüchtete, behinderte, alleinerziehende und/oder migrantische Frauen). Offenbar nimmt die Mobilisierung antifeministischer und extrem rechter Akteur*innen zu, wenn sie Antifeminismus mit weiteren Ungleichwertigkeitsideologien verbinden können. Dies scheint vor allem auf die Kombination von Antifeminismus, Sexismus und Rassismus zuzutreffen. Eine Interviewpartnerin berichtet dazu: „Was auf jeden Fall bemerkbar ist, ist die Frequenz, mit der diese Themen kommen. Also wenn wir jetzt so zehn, fünfzehn Jahre zurückdenken, da gab es irgendwie ein Thema, über das man sich gestritten hat. Jetzt kann man ja angefangen vom Schweinefleisch über das Kopftuch zum Fasten zum Was-auch-immer kommen. Also die Frequenz ist einfach höher, und es kommt schneller auf uns zugeschossen“ (Interview 4, S. 9). Damit verdeutlicht die Befragte die häufig angewandte Strategie extrem rechter und rechtsradikaler Akteur*innen, möglichst viele Themen öffentlich aufzugreifen und rassistisch aufzuladen und zu instrumentalisieren.

Die Häufigkeit der Anfeindungen ist abhängig von öffentlichen Debatten um Asyl, Flucht, Migration, Islam, Frauenrechte und sexualisierte Gewalt. Insbesondere seit den Silvesterereignissen in Köln 2015/2016 ist der vorgebliche Schutz „unserer Frauen“ und „unserer Kinder“ vor vermeintlichen „übergriffigen Fremden“ eines der zentralen Mobilisierungsthemen extrem rechter und antifeministischer Akteur*innen (siehe Kapitel II, „Umdeuten, verschieben, vereinnahmen“). Rassistisch-antifeministische Mobilisierungen führen dazu, dass Diskriminierungen von migrantischen Frauen, Schwarzen Frauen, Women of Color und Jüdinnen zurzeit zunehmen.

Verdrängung feministischer Themen und Rückzug aus öffentlichen Räumen

Zunehmende antifeministische, rassistische und sexistische Anfeindungen führen aus Sicht einiger Interviewpartnerinnen dazu, dass Verbands- und Vereinsmitglieder und Kolleg*innen ihre Positionen nicht mehr publik machen, sondern sich aus öffentlichen Räumen zurückziehen. Ein Mitgliedsverband hatte die Idee, eine Kampagne zu entwickeln, in der unterschiedliche Frauen ihre Geschichten und Lebensweisen teilen, um andere zu ermutigen. Die Kampagne scheiterte daran, dass sich die Angefragten nicht trauten, ihre Gesichter und Namen öffentlich zu zeigen: „Und da war unser Problem tatsächlich: Das wollte keiner machen. Also keiner wollte das Gesicht in die Kamera halten und sagen: ‚Ich bin erfolgreich, und das passt alles, und bei mir läuft es richtig gut.‘ Weil man einfach schon weiß, was danach passiert. Und deswegen konnten wir die Kampagne nicht machen“ (Interview 4, S. 7).

Ein bekanntes Phänomen in diesem Zusammenhang ist das sogenannte Silencing, eine häufig verwendete Strategie extrem rechter und/oder sexistischer und antifeministischer Akteur*innen. Dabei handelt es sich um den Versuch, Personen durch Beleidigungen, Drohungen, Schmähekampagnen oder organisierte Shitstorms zum Schweigen zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie nicht mehr am öffentlichen Diskurs teilhaben können – dass also ihre Positionen darin nicht mehr vertreten sind. Dies betrifft

insbesondere Frauen und dabei speziell digitale Räume. Ein erstarkender Antifeminismus bedeutet demnach auch, dass das Recht von Frauen auf Partizipation eingeschränkt oder sogar angegriffen wird und damit zivilgesellschaftliche Räume verengt werden. Laut Stellungnahme der CEDAW-Allianz Deutschland, dessen Trägerorganisation der DF ist, führt ein Erstarken antifeministischer Akteur*innen und Positionen zu Shrinking Spaces. Der Begriff beschreibt das Phänomen, dass Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen durch demokratiefeindliche Entwicklungen und die Zunahme autoritärer und extrem rechter Tendenzen zunehmend eingeschränkt werden.¹⁰

//////////////////// Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen werden durch demokratiefeindliche Entwicklungen zunehmend eingeschränkt.

Eine Befragte berichtet, dass sich Kolleg*innen nach antifeministischen Anfeindungen aus der Arbeit mit jungen Frauen und Mädchen in digitalen Räumen zurückgezogen haben. Von ihnen erstellte Videos seien von extrem rechten Akteur*innen aus dem Kontext gerissen, mit rechtsextremen und antifeministischen Parolen versehen und verändert hochgeladen worden. Seitdem rate sie Verbands- und Vereinsmitglieder, sich im Vorfeld auf solche Szenarien vorzubereiten. Der betroffenen Kollegin habe sie empfohlen, „zur Polizei zu gehen, weil Youtube nicht reagiert hatte“. Die Situation sei sehr unangenehm gewesen, zumal einige der Betroffenen noch minderjährig gewesen seien – und nun im Netz mit extrem rechten Parolen, die ihnen in den Mund gelegt wurden, zu sehen seien. Die Interviewte beschreibt ihr Dilemma im Umgang mit solchen Erfahrungen: Sie wolle Fachkräfte und Zielgruppe darüber aufklären, damit ihnen nichts Ähnliches widerfährt – „und gleichzeitig möchte ich es nicht, denn mir ist es wichtig,

¹⁰ Vgl. CEDAW Allianz Deutschland (2019): Recht auf Gleichstellung. Zum Stand der Umsetzung der Frauenrechtskonvention in Deutschland. https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/12/Webversion_A5_191121_AlternativBericht.pdf, S. 8.

dass Frauen und Mädchen öffentliche Räume auch aktiv in Anspruch nehmen, einfach nutzen, weil sie Spaß dran haben“ (Interview 2, S. 21).

Eine weitere Interviewpartnerin vermutet, dass die Zurückhaltung im öffentlichen Bekenntnis zu feministischer Verbands- und Vereinsarbeit Resultat eines antifeministischen Backlash sei: „Warum sind wir als Verein so klein? – Weil es für Frauen vielleicht gar nicht so attraktiv ist, zu sagen, ich bin übrigens in so einem Verein, der sich für Feminismus in unserem Berufsbild engagiert. Weil es vielleicht erfolversprechender ist, sich in einem Unternehmen an Förderer zu hängen. Weil eben auch in vielen Unternehmen so ein Backlash da ist. Also diese Männlichkeitsspielchen sind für meine Begriffe wieder viel stärker da. [...] Und das würde ich schon als Antifeminismus bezeichnen. Das ist schon ein riesiges Strukturproblem, das wir haben“ (Interview 6, S. 2).

Eine andere Befragte hingegen berichtet, dass sich die Frauen durch Diskriminierungs- und Ausschlusserfahrungen verstärkt (politisch) in Frauenverbänden organisieren. Dies zeige sich zum Beispiel in der gestiegenen Mitgliederzahl ihres Verbands: „Je präsenter die Themen sind, desto mehr Betroffene gibt es leider – die dann auch den Weg zu uns finden. Die bringen dann teilweise auch ihr Umfeld mit und das summiert sich dann“ (Interview 4, S. 20 f.). Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Frauen wegen antifeministischer Anfeindungen aus öffentlichen Räumen zurückziehen, sei relativ hoch, schildert die Befragte. Dazu kommt, dass die fehlende strafrechtliche Verfolgung sowie strukturelle und individuelle Diskriminierungserfahrungen dazu führen können, dass das Vertrauen in rechtsstaatliche Strukturen und demokratische Prozesse verloren geht (ebd.).

Frauenpolitische Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Politisierung, Solidarisierung und fehlender Unterstützung

Die Auseinandersetzung mit antifeministischen Angriffen führt offenbar zu einer verstärkten Solidarisierung innerhalb der DF-Mitgliedsverbände und mit den Akteur*innen vor Ort. Ein weiteres Resultat scheint die Politisierung der

eigenen Organisation, wie mehrere Interviewpartnerinnen feststellen: Gemeinsam würden demokratische und feministische Haltungen und Positionen erarbeitet und nach innen und außen kommuniziert.

Eine Befragte erzählt zum Umgang mit Antifeminismus: „Wir sensibilisieren uns und andere Kolleg*innen dafür. Wir stellen Handlungsempfehlungen und Argumentationsstrategien online zusammen, auch als Dienstleistung für Kolleg*innen. Ich würde sagen, das politisiert uns“ (Interview 3, S. 19). Die Verbandsmitglieder könnten sich auf verschiedene Weise mit dem Problem Antifeminismus befassen: sei es in spezifischen Arbeitsgruppen oder durch das Sichten des zur Verfügung gestellten Materials, sei es durch die Planung von Veranstaltungen oder bei Netzwerktreffen. Die Sensibilisierung und Beschäftigung mit antifeministischen Narrativen ist hilfreich, um eigene, demokratische und feministische Haltungen und Positionen zu stärken und weiterzuentwickeln, sich schlussendlich zu politisieren, wie es eine Befragte oben benannt hat. Eine andere Interviewpartnerin stellt fest, dass in den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen Frauengremien in gemischten Verbänden als wichtiger (Rückzugs-)Raum für Austausch und Strategieentwicklung erachtet würden: „Also, wie ich angefangen hab, da gab es eine Zeit, das war so vor einigen Jahren, da war es oft so, dass man um die Beschlussfähigkeit bangen musste bei unserem Frauengremium, weil vielen Frauen gar nicht klar war, warum es das Gremium braucht. Das ist jetzt nicht mehr so“ (Interview 5, S. 7).

Als Antwort auf antifeministische und antidemokratische Dynamiken solidarisieren sich frauenpolitische Organisationen und feministische Initiativen untereinander, etwa durch öffentliche Stellungnahmen; auch suchen sie mehr den Kontakt zueinander und äußern stärker den Wunsch, zusammenzuarbeiten und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Neue Allianzen, so eine Interviewpartnerin, ermöglichten den Verbänden und Initiativen, die eigene Perspektive zu erweitern und feministische Debatten um Intersektionalität und Repräsentation voranzubringen (Interview 4, S. 20).

Es lassen sich jedoch auch gegensätzliche Entwicklungen ausmachen. So machen Befragte die Erfahrung, dass öffentliche Positionierungen und Solidarisierungen durch andere bei bestimmten Themen ausbleiben: wenn diese als „zu unwichtig“ erachtet würden, wenig Rückhalt in der Gesellschaft fänden oder kontrovers diskutiert würden. Letzteres sei vor allem beim Thema Selbstbestimmungsrechte muslimischer/migrantischer/geflüchteter Frauen der Fall (Interview 4, S. 11). Dies gehe sogar so weit, dass andere (frauenpolitische) Organisationen und Initiativen sich dazu nur auf informellen und nicht öffentlichen Wegen austauschen möchten, um möglichen Diskussionen und Anfeindungen zu entgehen (Interview 4, S. 11). In diesem Entsolidarisierungsprozess zeigt sich, wie weit sich antifeministische und antidemokratische Positionen bereits normalisieren konnten.

„Wir haben wahnsinnig viel erreicht.“ – Ermutigende Entwicklungen in der frauenpolitischen Arbeit

In polarisierten Zeiten wie diesen erachten die befragten Verbände und Vereine den DF als wichtiges Lobby- und Vernetzungsgremium, viele beziehen sich positiv auf ihren Dachverband. Er bringe Frauen aus unterschiedlichen Berufen, mit unterschiedlichen Interessen, Perspektiven und Lebensentwürfen zusammen, schaffe eine Plattform für Austausch, kollegiale Solidarität und die Weiterentwicklung feministischer Debatten. Zusätzlich hebe er für die Mitgliedsverbände relevante Themen auf die politische Bühne. Mehrere Interviewpartnerinnen merken an, dass sie sich gerne mehr aufeinander beziehen und stärker im DF engagieren würden, dass dies jedoch aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und des Ressourcenmangels häufig nicht realisierbar sei (Interview 1, S. 3).

Einige der befragten Frauen berichten von dezidiert positiven Entwicklungen in ihrer alltäglichen Arbeit, trotz des komplexen Geflechts aus neuen Herausforderungen und antifeministischen Anfeindungen. Beispielsweise äußert eine Befragte, dass die Sensibilität für intersektionale Perspektiven und Mehrfachdiskriminierungen im Kontext frauenpolitischer Arbeit gestiegen sei. Das zeige sich daran, dass weibliche Stimmen marginalisierter Gruppen häufiger Berücksichtigung fänden und in unterschiedliche

Debatten stärker eingebunden würden. Es werde nicht mehr über eine bestimmte Minderheit gesprochen, sondern mit ihr: „Mittlerweile fragt man uns, bittet man uns, an dem Diskurs teilzunehmen, bietet uns eine Plattform, weil da von unserem Gegenüber eingeräumt wird: ‚Ihr sprecht für eure Interessen.‘“ (Interview 4, S. 9). Darüber hinaus beobachtet eine Befragte, dass Kolleg*innen eine deutlichere Haltung entwickelt hätten und insbesondere auf Mitbestimmung und Repräsentation achteten, und zwar als Reaktion auf antifeministische Anfeindungen: „Aber vom Prinzip her sind viele Kolleginnen sehr geeicht darauf, auf Beteiligung und Repräsentationssachen zu schauen. Insoweit glaube ich, dass da viele sind, die da schon eine klare Haltung zu haben“ (Interview 3, S. 7).

////////////////////
Wir haben wahnsinnig viel erreicht. Und das passt natürlich den Rückwärtsge wandten überhaupt nicht, und ich glaube, dass deswegen die Aggressivität so groß ist. Aber der gesellschaftliche Umbruch ist ja da.

Eine andere Befragte führt die Zunahme an Anfeindungen auf den Erfolg feministischer Kämpfe zurück und erklärt mit Stolz: „Wir haben wahnsinnig viel erreicht. Und das passt natürlich den Rückwärtsge wandten überhaupt nicht, und ich glaube, dass deswegen die Aggressivität so groß ist. Aber der gesellschaftliche Umbruch ist ja da“ (Interview 6, S. 1).

////////////////////
„DEMOKRATIE-
EMPOWER-
MENT HEISST
FÜR MICH:
DIE ZIVIL-
GESELLSCHAFT
ZU STÄRKEN.“

**EIN GESPRÄCH MIT DEM DF-VORSTANDSMITGLIED
UND DER POLITIKERIN JOSEFINE PAUL**

Josefine Paul ist Historikerin und Hobby-Fußballerin und seit 2010 Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen und deren Sprecherin für Kinder, Jugend, Familie und Sport sowie Frauen- und LGBTIQ-Rechte. Seit 2017 gehört sie dem Präsidium des grünen Bundesfrauenrats an, einem DF-Mitgliedsverband, seit 2019 ist sie Leiterin des Fachausschusses ‚Demokratie unter Druck – Krisenanalyse und Demokratie-Empowerment‘, den die DF-Mitgliederversammlung für zwei Jahre eingesetzt hat. Mit der Amadeu Antonio Stiftung sprach sie über die Rolle des DF-Fachausschusses, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen durch antifeministische und antidemokratische Tendenzen und mögliche Umgangsstrategien.

Amadeu Antonio Stiftung: Der DF hat sich entschieden, sich in einem der Fachausschüsse mit dem Thema Antifeminismus zu beschäftigen. Warum?

Josefine Paul: Mitgliedsverbände des DF können Anträge für Schwerpunktthemen stellen, zu denen dann Fachausschüsse benannt werden. In einem gemeinsamen Antrag mehrerer Mitgliedsverbände gab es den Auftrag an den DF sich mit dem Thema Demokratie zu befassen. Denn wir merken alle, dass die Demokratie unter Druck gerät und

dass das auch immer etwas mit Antifeminismus zu tun hat. Der Fachausschuss hat sich entschieden, die Erfahrungen unserer Mitgliedsverbände ins Zentrum zu rücken: Macht diese Diskursverschiebung etwas mit unseren Mitgliedsverbänden? Merken die das schon? Wie sieht es auf Bundesebene aus, wie vor Ort? Darüber wollten wir mehr wissen.

Was ist Ihnen persönlich an dem Thema wichtig?

Mir ist wichtig, deutlich zu machen, dass jeder Rechtsruck auch etwas Antifeministisches hat. Das ist einerseits zu bemerken, wenn im parlamentarischen Raum immer wieder Gleichstellungsinstitutionen infrage gestellt werden. Wenn infrage gestellt wird, ob Gender überhaupt wissenschaftlich ist und wissenschaftlichen Kriterien entspricht. Das ist andererseits daran zu bemerken, wie massiv die Frage nach dem Schutz von Frauen genutzt wird, um Anschlussfähigkeit zu generieren und Frauen in Stellung gegen Minderheitengruppen zu bringen. Stichwort Köln, Stichwort ‚Wir müssen unsere Frauen schützen vor den bösen Ausländern‘.

Wie zeigt sich Antifeminismus auf der parlamentarischen Ebene?

Er zeigt sich dadurch, dass Antifeministen im Parlament sitzen. Sie verschieben die Grenzen des Sagbaren. Auch diejenigen haben Rederecht, die hemmungslos offen frauenfeindliche, homo-, inter*- und trans*feindliche Posi-

tionen vertreten. Er zeigt sich aber auch an den parlamentarischen Anträgen und Initiativen, die von Seiten der AfD kommen, zum Beispiel, wenn aus Gleichstellungsgesetzen die geschlechtergerechte Sprache rausgestrichen werden soll. Oder wenn über Kleine Anfragen immer wieder Projekte ins Visier genommen werden. Das macht natürlich etwas mit dem parlamentarischen Raum, das macht aber auch etwas mit der Verwaltung, die damit umgehen muss. Und das macht etwas mit den Initiativen, die sich im Visier wähen und die Befürchtung haben müssen: Wie lange hält eigentlich dieser Schutz, den wir durch die demokratischen Fraktionen und durch die Ministerien genießen? Wird der irgendwann brüchig? Knicken die ein vor diesem Dauerfeuer?

Unsere Interviewpartnerinnen haben eine Normalisierung antifeministischer Positionen wahrgenommen, gleichzeitig geben sie an, auf Verbandsebene keine antifeministischen Anfeindungen zu erleben – das geschieht eher bei den Akteur*innen in der Praxis vor Ort. Können Sie sich erklären, warum das so ist?

Da gibt es mehrere mögliche Antworten. Es gibt Verbandsstrukturen, die eher kleiner sind und weniger exponiert sind, sodass sie weniger sichtbar sind und öffentlich wahrgenommen werden. Aus Perspektive der Rechten wären

sie es sozusagen nicht wert, ständig angefeindet zu werden. Hinzu kommt eine schleichende Normalisierung von Anfeindungen. Das empfindet meines Erachtens jede Frau unterschiedlich, wo ihre individuellen Grenzen erreicht sind. Der dritte Punkt ist, dass es im Deutschen Frauenrat sehr unterschiedliche Organisationen mit verschiedenen Ausrichtungen gibt. Manche sind eher emanzipatorisch links orientiert, die haben natürlich mit mehr Angriffen zu tun, andere Verbände sind eher konservativ ausgerichtet und werden auch deswegen seltener angefeindet.

Häufig wird Antifeminismus und Demokratie gar nicht zusammengedacht. Woran liegt das und was haben Antifeminismus und Demokratie dennoch miteinander zu tun?

Auch innerhalb der frauen- und gleichstellungspolitischen Arbeit haben wir unterschiedliche Haltungen, zum Beispiel zur Frage des Kopftuchs, zur Frage der Prostitution. Diese Unterschiede werden bewusst von Rechten instrumentalisiert, um Anschlussfähigkeiten zu generieren. Wir können über Dinge streiten, keine Frage, aber wir müssen im Hinterkopf haben, dass das ein Einfallstor ist. Rechtsextreme haben als Taktik herausgefunden: Du kannst das ‚bürgerliche Lager‘ spalten, indem du fragst: ‚Aber müssen wir Frauen nicht mehr beschützen?‘, ‚Reicht das jetzt nicht mal mit der Emanzipation?‘. Es gibt eine konservative Schicht,

der ich keine per se antidemokratischen Tendenzen unterstellen würde, die aber ganz ähnlich argumentiert, nach dem Motto: ‚Wenn ich nicht den ganzen Gleichstellungswahnsinn teile, bin ich ja noch lange nicht rechts oder antidemokratisch!‘. Das ist eine Gefahr, die viel schleicher ist, weil diese antifeministischen Positionen ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit haben bis in die konservative Mitte der Gesellschaft.

Was brauchen wir, um dem entgegenwirken zu können?

Wir müssen uns darauf besinnen, was im Grundgesetz steht. Artikel 3 Absatz 2 ist nicht ein ‚nice to have‘, sondern gehört zu den Grundrechtsgrundsätzen unserer Verfassung und ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Es geht da nicht darum, dass Frauen eine Gruppe sind, sondern dass die Diskriminierung von Frauen eine Strukturierung unserer Gesellschaft darstellt. Und wenn strukturell ein Teil der Gesellschaft ausgeschlossen wird, beziehungsweise deren Gleichberechtigung immer wieder in Zweifel gezogen wird, dann ist das demokratiegefährdend.

Welche Konsequenzen muss die Politik jetzt ziehen?

Wir müssen die Gesetze, die wir haben, weiter stärken und gegen Angriffe schützen. Ich denke da an die Landesgleichstellungsgesetze, das Bundesgleichstellungsgesetz, auch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Wir müssen dem strukturellen und verwaltungstechnischen Arm der Gleichstellungspolitik ebenso den Rücken stärken wie Organisationen, die zivilgesellschaftlich zu diesen Themen arbeiten. Da sind wir bei der Frage der Förderpolitik. Hier kommt die Politik ins Spiel: Sie muss die Zivilgesellschaft in ihrer Pluralität unterstützen und deutlich machen, dass eine plurale Demokratie nur dann funktionieren kann, wenn es die kleinen Player ebenso wie den großen Lobbyverband gibt – zum Beispiel den DF. Die Frage von Antidiskriminierung, aber eben auch von ‚wie wollen wir eigentlich in einer pluralen Gesellschaft miteinander leben?‘ ist eine, die strukturell verankert sein muss.

In unseren Gesprächen mit den Mitgliedsverbänden kam immer wieder zur Sprache, dass Mehrfachdiskriminierungen in der gleichstellungspolitischen Arbeit mehr berücksichtigt werden müssen. Was kann der DF da tun?

Wir als Fachausschuss sollten uns noch einmal gezielt fragen: ‚Wo stehen wir als DF eigentlich?‘, und: ‚Wer ist bei uns Mitglied – gemessen an der Pluralität und Diversität der Frauen in dieser Gesellschaft?‘. Wir haben festgestellt, dass sich im DF vor allem Frauen engagieren, die z.B. eher

einen Hochschulabschluss haben, weiß und eher mittleren Alters sind und schon viel Erfahrung in gleichstellungspolitischen Arbeitsfeldern mitbringen. Es wäre schön, wenn wir uns da überlegen, ‚wie können wir uns öffnen?‘.

Demokratie-Empowerment ist eine zentrale Säule des Fachausschusses. Was bedeutet Demokratie-Empowerment für Sie?

Demokratie-Empowerment heißt für mich: Die Zivilgesellschaft weiterhin zu stärken. Und zur Zivilgesellschaft gehört zum Beispiel auch das Ehrenamt. Gerade viele Frauenverbände, Vereine und auch große Teile des DF funktionieren auf ehrenamtlicher Basis. Demokratie-Empowerment bedeutet daher unter anderem, die Menschen im Ehrenamt zu stärken – möglicherweise im Umgang mit Angriffen, aber zusätzlich im Sinne von ‚wie kann ich eigentlich deutlich machen, warum die Arbeit, die ich mache, so wichtig ist?‘. ‚Wie kann ich vermitteln, dass es uns braucht – weil ohne Gleichstellung keine Demokratie?‘. Um das zu tun, brauchen wir natürlich das Rüstzeug und da müssen wir unterstützen. Für uns als Dachorganisation heißt Demokratie-Empowerment zusätzlich, dass wir die Fragen von Intersektionalität und Diversität mehr berücksichtigen und unsere eigenen Strukturen hinterfragen und weiterentwickeln müssen.

//////////////////// DEMOKRATIE- EMPOWER- MENT UND GEGENSTRA- TEGIEN AUS DER ARBEITS- PRAXIS

Ein zentrales Thema der sechs Interviews waren mögliche Handlungsstrategien, um mit antidemokratischen und antifeministischen Anfeindungen und deren Auswirkungen im Arbeitsfeld umzugehen. In einigen frauenpolitischen Vereinen und Verbänden sind fachliche, kollegiale und kreative Umgangsstrategien bereits Bestandteil der eigenen Arbeitspraxis oder befinden sich in der Entwicklung. Ihre Ausarbeitung und Umsetzung unterscheiden sich jedoch sehr. Gründe hierfür sind Unterschiede in den strukturellen Gegebenheiten der Mitgliedsverbände und ihrer fachlichen Ausrichtung, aber auch in der subjektiven Einschätzung, ob und in welchem Ausmaß Handlungsdruck besteht.

Die hier vorgestellten Gegenstrategien liefern nicht nur praktische Beispiele und Ideen, sondern auch Visionen zur Zukunft frauenpolitischer Verbands- und Vereinsarbeit in Zeiten erstarkender antifeministischer Dynamiken. Im Folgenden kommen vor allem die Befragten selbst zu Wort, um den Akteur*innen vor Ort Anregungen für die eigene Lobbyarbeit zu geben.

PERSÖNLICHE UND STRUKTURELLE RAHMEN- BEDINGUNGEN NUTZEN

Organisations- und Wissensmanagement weiter- entwickeln

- /// Antifeministische Angriffe und Anfeindungen aus der Praxis intern dokumentieren (Interview 3, S. 12)
- /// Strafrechtlich Relevantes zur Anzeige bringen (Interview 4, S. 8)
- /// Argumentationshilfen gegen Antifeminismus bereitstellen (Interview 3, S. 12, 19)

Sich mit betroffenen Akteur*innen vor Ort und auf Verbands-/Vereinsebene solidarisieren

- /// „Wir sind natürlich solidarisch dabei als Verband. Wir mischen uns auf Twitter in die Debatte ein und machen uns öffentlich bemerkbar.“ (Interview 6, S. 1, Interview 3, S. 12)

Praktische Unterstützung im Krisenfall anbieten und organisieren

- /// „Im Endeffekt Anlaufstelle zu sein, denen zu signalisieren: ‚Wenn ihr Probleme habt, könnt ihr euch an uns wenden und dann schauen wir gemeinsam.‘ Euch an Expert*innen, an beratende Stellen zu verweisen, das ist eigentlich fast die wichtigere Tätigkeit.“ (Interview 5, S. 12)

Antifeminismus als Leerstelle immer wieder im eigenen Arbeitsfeld thematisieren

- /// „Zum Beispiel: Die [Pressestelle meines Arbeitgebers] hat danach [nach einem antifeministischen Angriff] Pressearbeit gemacht, und dass es eben auch einen antifeministischen Aspekt hatte, haben sie in ihrer Pressearbeit nicht drin gehabt. Das tauchte einfach

gar nicht auf. Dieses Darüber-Reden und zu sagen: ‚Wir nehmen das hier wahr, die Qualität hat zugenommen‘, ist wichtig.“ (Interview 3, S. 24 f.)

DAS EIGENE DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS SCHÄRFEN

Die Bedeutung gleichstellungspolitischer Arbeit für die Demokratie im Kontext aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen stärker herausarbeiten

/// „Erlebnisse in Bezug auf antifeministische Angriffe und Anfeindungen führen auch dazu, dass wir innerhalb des Verbands sagen: ‚Okay, es geht nicht nur darum, wie nehmen wir das wahr in Bezug auf Gleichstellungspolitik, sondern auch: In welchen Kontext stellen wir das? Wie nehmen wir insgesamt rechtsnationale Entwicklungen wahr? Wie bewerten wir die?‘ – Und damit auch ein Stück Demokratieanalysen zu betreiben und dazu Haltungen zu entwickeln: dass es auch an der Zeit ist, sich gesamtgesellschaftlich demokratisch zu äußern und sich einzusetzen, Positionen zu beziehen.“ (Interview 3, S. 6)

Beteiligungsrechte im eigenen Verband oder Verein reflektieren und stärken

/// „Beteiligung spielt eine total große Rolle, schon vom Kindesalter an – dass man immer schaut: Was ist eine altersgerechte Form von Beteiligung?“ (Interview 5, S. 3 f.)

EINE FEMINISTISCHE ORGANISATIONSKULTUR STÄRKEN

Die eigene Arbeit im Kontext historischer Verantwortung betrachten

/// „Ich glaube, dass wir grundsätzlich ein anderes Menschenbild haben, dass wir natürlich vieles gelernt haben. Wir setzen uns schon mit unserer Vergangenheit auseinander. Das ist uns total wichtig. Alle sind irgendwie auch Mittäter*in, und ich glaube, da unterscheiden wir uns nicht von anderen, wenn wir sagen: Wir haben da einfach eine ganz besondere Verantwortung.“ (Interview 1, S. 5)

Kolleg*innen ermutigen, sich kritisch zu äußern

/// „Also wir gucken schon, dass wir unsere Kolleginnen in der täglichen Arbeit, aber auch hier in der Berufspolitik ermutigen, sich kritisch zu äußern.“ (Interview 1, S. 19)

Wertschätzende und ressourcenorientierte Aufgabenverteilung im Team und auf der Vorstandsebene

/// „Wenn es gerade viel ist und stressig und von unterschiedlichen Seiten Druck aufgebaut wird, da sage ich dann auch mal: ‚Kann ich gerade nicht leisten.‘ Und da sind wir natürlich untereinander extrem offen für.“ (Interview 4, S. 15)

Themen strategisch unter Kolleg*innen aufteilen, um potentielle Anfeindungen auf mehreren Schultern zu verteilen (Interview 5, S. 11)

Persönliche Umgangsstrategien unter Kolleg*innen diskutieren

/// Z.B. Anfeindungen nicht zu individualisieren, sondern strukturell einzuordnen und sich menschenfeindlichen, abwertenden und diskriminierenden Inhalten nicht kontinuierlich auszusetzen (Interview 4, S. 8)
/// Frauennetzwerke und Rückzugsorte innerhalb der Vereins- und Verbandsstruktur stärken (Interview 4, S. 6, Interview 5, S. 7)

Klare Vereinbarungen zum Umgang mit antifeministischen Akteur*innen, z. B. mit extrem rechten Bewegungen, Medien oder Parteien, erarbeiten

/// Anfragen nur schriftlich beantworten
/// Intern regelmäßig austauschen über die Beantwortung von Anfragen der AfD
/// Keinen direkten Kontakt zu rechtsextremen Parteifunktionären pflegen

GEZIELTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UMSETZEN

Öffentliche Stellungnahmen zum Themenfeld Antifeminismus erarbeiten

/// Mit dem Ziel: demokratische Positionierung sichtbar zu machen, Mitgliedsverbände und Akteur*innen in der Praxis zu stärken und als Vorbild zu agieren (Interview 2, S. 5, Interview 3, S. 12)

In Stellungnahmen sehr genau und präzise sein

/// Mit dem Ziel: Instrumentalisierungen zuvorzukommen (Interview 1, S. 14)

Eigenes Demokratieverständnis in der Öffentlichkeitsarbeit sichtbar machen

/// „Wir werden bei der Gestaltung der neuen Homepage den Diversity-Gedanken so umsetzen, dass ganz klar ist, wofür wir stehen, also dass ganz logisch ist: Wer ein menschenverachtendes Lebens- und frauenverachtendes Menschenbild vertritt, wird in uns keine Partnerin finden.“ (Interview 1, S. 11)

Extrem rechten Akteur*innen keine Möglichkeiten bieten, die Themen des Verbandes öffentlichkeitswirksam zu instrumentalisieren (Interview 1, S. 9 f., S. 15, Interview 3, S. 22, Interview 5, S. 14)

SCHULUNGEN ANBIETEN UND MEDIEN-KOMPETENZEN STÄRKEN

Schulungen zu antifeministischen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Argumentationen und Strategien anbieten (Interview 6, S. 1)

Argumentationshilfen für kollegiale Auseinandersetzung mit antifeministischen Argumentationsmustern erarbeiten (Interview 6, S. 1)

Trainings und Coachings anbieten

/// Zu: Umgang mit Presse, Medien und Social Media; Umgang mit Hate Speech; Gesprächsführung (Interview 1, S. 9, Interview 2, S. 22, Interview 5, S. 12)

NETZWERK- UND LOBBYARBEIT WEITERENTWICKELN

Im Zuge der Auseinandersetzung mit antifeministischen Dynamiken und Anfeindungen neue Partner*innen und Verbündete identifizieren und einbinden (Interview 3, S. 22)

Positionspapiere als Türöffner für Austausch und Zusammenarbeit nutzen

/// Mit dem Ziel: Debatten anzustoßen und für andere beratend tätig zu werden (Interview 3, S. 24)

Weiterführende Strategien mit Partner*innen entwickeln

/// „Die haben die Stellungnahme zum Anlass genommen, dieses Thema zu debattieren und Beschlüsse zu fassen. Das ist ja eher Bewusstseinsbildung und auch der Versuch, zu sagen: Das geht uns alle an [...], und wir haben ja eigentlich auch ein gemeinsames Interesse.“ (Interview 3, S. 22)

IDEEN FÜR DIE ZUKUNFT FRAUENPOLITISCHER VEREINS- UND VERBANDSARBEIT IM DEUTSCHEN FRAUENRAT

„Das ist auch eine Chance für den Frauenrat und damit auch für alle seine Mitglieder, zusammen zu gucken: Was bedeutet das denn jetzt, wie wollen wir hier das Thema gemeinsam angehen? [...] Ich glaube, es ist dringlich für die Zukunft, zu gucken: Wie können wir das nutzen, dass es da schon eine sehr eingespielte Vernetzungsstruktur gibt? Und: Ob es dann nur diese frauenpolitische Seite ist – oder ob da nicht mehr in so einer Rainbow-Coalition-Logik zu denken wäre mit anderen Verbandsstrukturen, die im anti-rassistischen Bereich und zu anderen Diversitätsaspekten arbeiten.“ (Interview 3, S. 21 f.)

Marginalisierte Positionen und darüber hinaus stärken

/// „Es würde uns sehr viel bringen, wenn der Deutsche Frauenrat sich hinter uns stellt, wenn wir dann konkret mit diesen Themen beschäftigt sind, und sich dann vielleicht an das entsprechende Ministerium wendet und da auch mal sagt: ‚Wir stehen übrigens dahinter und schreiben jetzt einmal in die Richtung etwas.‘ Das würde natürlich für uns einen sehr gewinnbringenden Schulterschluss bieten, weil wir ein bisschen, ich sage jetzt mal, allein auf weiter Flur stehen.“ (Interview 4, S. 13)

Intersektionale Ansätze stärker in die eigene Arbeit, in die Arbeit anderer frauenpolitischer Verbände/Vereine und in die Arbeit des DF integrieren

/// „Wir gehen von einem intersektionalen Geschlechterverhältnis aus. Ob wir das wirklich alle tun, ist eine andere Frage, aber das ist zumindest das, was wir uns vornehmen und was wir so als Setzung für uns haben. Sprich, wir wissen, es gibt mehr Kategorien als Geschlecht und wir wissen auch, dass es alles verschränkt miteinander ist.“ (Interview 3, S. 8)

Mittel zur kontinuierlichen Professionalisierung und zur Weiterbildung im Themenfeld akquirieren (Interview 5, S. 15)

Unterschiedliche Entwürfe feministischer und frauenpolitischer Selbstbestimmung anerkennen und wertschätzen (Interview 4, S. 17)

Jüngere Generationen stärker in frauenpolitische Vereins- und Verbandsarbeit einbeziehen (Interview 4, S. 16, Interview 6, S. 2)

Zusammenhalt und Solidarität innerhalb und zwischen frauenpolitischen Vereinen und Verbänden stärken

/// „Ja, einfach eine grundsätzliche Haltung, dass wir das, was Frauen machen, erst mal unterstützungswürdig finden, bis bewiesen ist, dass es den eigenen Interessen oder den Interessen der eigenen Organisation zuwiderläuft.“ (Interview 1, S. 17)

//////////////////// SERVICETEIL

Argumentationshilfen und Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus und Antifeminismus

Amadeu Antonio Stiftung (2019): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD.

https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/01/Demokratie_in_Gefahr_web.pdf (Abruf: 3.8.2020).

Bundesverband Mobile Beratung e. V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) & Kulturbüro Sachsen e. V. (2017): ‚Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück‘. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen. www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2017/11/BMB_2017-Umgang-mit-rechtspopulistischen-Parteien.pdf (Abruf: 3.8.2020).

Diskursatlas Antifeminismus. In diesem Wiki werden antifeministische Diskursthemen erschlossen und entsprechende antifeministische Narrative sowie Diskurskoalitionen herausgearbeitet. www.diskursatlas.de.

Eltze, Wiebke/Gutsche, Lisa (2019): Haltung zeigen! Argumentieren gegen antifeministische Äußerungen. Ein Methodenhandbuch für Trainer*innen. https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/haltung_zeigen_handbuch_lizenzergaenzung_pdf_16_juli_2019.pdf (Abruf: 3.8.2020).

Gleichstellungsstelle der Bremischen Evangelischen Kirche (2017): GENDER. ismus? Was sich hinter den neuen Angriffen gegen Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt verbirgt und wie Sie damit umgehen können. www.genderismus.evangelisches-zentrum.de (Abruf: 3.8.2020).

Heinrich Böll Stiftung/ Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): ‚Gender raus!‘ 12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik. <http://www.gwi-boell.de/de/2017/07/04/gender-raus-12-richtigstellungen-zu-antifeminismus-und-gender-kritik> (Abruf: 3.8.2020).

Verband der Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2016): Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer*innen. https://www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Ratgeber_Im-Fokus-von-Neonazis-2018_web.pdf (Abruf: 3.8.2020).

Stiegler, Barbara/ Beck, Dorothee (2017): Das Märchen von der Gender-Verschwörung. Argumente für eine geschlechtergerechte und vielfältige Gesellschaft. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Women against Violence Europe (2017): Let’s shut down antifeminism. The verbal self-defense guide for feminists. <https://www.wave-network.org/wp-content/uploads/WebFINALSelf-defenseGuide.pdf> (Abruf: 3.8.2020).

////////////////////
LITERATUR
UND QUELLEN

- Blum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung: Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Martha Press, Hamburg.
- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (2018): Antifeminismus als Demokratiefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin.
- Brähler, Elmar/ Decker, Oliver/ Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin, <https://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf> (Abruf: 3.8.2020).
- Dietze, Gabriele (2015): Anti-Genderismus intersektional lesen. Zeitschrift für Medienwissenschaft, Vol. 13, No. 2, S. 125–127.
- Dietze, Gabriele (2016): Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Silvesternacht. movements - Journal for Critical Migration and Border Regime Studies, Jg. 2, Heft 1/2016, S. 1–16.
- Doyle, Sady (2011): The Girl's Guide to Staying Safe. <https://bit.ly/3aQukXf> (Abruf: 15.3. 2020).
- Düreke, Ricarda/Klaus, Elisabeth (2014): Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus. Femina Politica, 2/2014, S. 59–71.
- Frey, Regina/ Gärtner, Marc/ Köhnen, Manfred/ Scheele, Sebastian (2014): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 9, <https://bit.ly/2x1g6nN> (Abruf: 10.3.2020).
- Fritzsche, Christopher (2018): Antifeminismus aus der Zukunft? Die autoritäre Utopie der neoreaktionären Bewegung. Unveröffentlichter Vortragstext, Panel: Gebrochene (Gleichheits-)Versprechen: Die offene Flanke der liberalen Demokratie für Anti-Feminismus, DVPW-Kongress 2018, Frankfurt/M.
- Ganz, Kathrin (2013): Feministische Netzpolitik: Perspektiven und Handlungsfelder. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59852-5> (Abruf: 15.3.2020).
- Ganz, Kathrin/ Meßmer, Anna-Katharina (2015): Anti-Genderismus im Internet – Digitale Öffentlichkeiten als Labor eines neuen Kulturkampfes. In: Hark, Sabine /Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. transcript, Bielefeld, S. 59–77.
- Gesterkamp, Thomas (2015): Männerpolitik und Antifeminismus. WSI Mitteilungen 1/2015, S. 59–61.
- Hark, Sabine/ Villa, Paula-Irene (2015): "Eine verstörende Frage an und für unsere Zeit" – Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. transcript, Bielefeld, S. 18–39.
- Hark, Sabine/ Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. transcript, Bielefeld.
- Häusler, Alexander/ Virchow, Fabian (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste – Abstieg der Mitte – Ressentiments. VSA-Verlag, Hamburg.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Deutsche Zustände, Folge 10. Suhrkamp, Berlin.
- Herrmann, Steffen (2015): Politischer Antagonismus und sprachliche Gewalt. In Hark, Sabine /Villa, Paula-Irene (Hrsg.), Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. transcript, Bielefeld, S. 79–92.

- Hindemith, Stella/Leidinger, Christiane/Radvan, Heike/Roßhart, Julia (2019): Wir*hier! Lesbisch, schwul, trans* zwischen Hiddensee und Ludwigslust. Ein Lesebuch zur Geschichte, Gegenwart und Region. Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V., Berlin.
- Hüttmann, Jörn (2011): Extreme Rechte – Tragweite einer Begriffsalternative. In Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Springer VS, Wiesbaden, S. 327–346.
- Illgner, Johanna Lea (2018): Hass-Kampagnen und Silencing im Netz. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press, Hamburg, S. 253–272.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kellershohn, Helmut/ Kastrup, Wolfgang (Hrsg.) (2017): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast, Münster.
- Kiess, Johannes/ Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (2015): Was ist rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie? <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie> (Abruf: 11.3.2020).
- Kugler, Thomas (2019): Die Kita-Handreichung „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“ - Sexuelle und Geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik. Unveröffentlichtes Working Paper.
- Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise – Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine/ Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. transcript, Bielefeld, S. 167–181.
- Lang, Juliane/ Fritzsche, Christopher (2018): Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. Feministische Studien, Vol. 36, No. 2, S. 335–346.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Deutschland – Einführung und Einordnung des Phänomens. In: Lang, J./Peters, U. (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press, Hamburg, S. 13–36.
- Lantzsch, Nadine (2012): Wie wollen wir im Netz füreinander Verantwortung tragen? <http://medienelite.de/2012/02/16/wie-wollen-wir-im-netz-fueinander-verantwortung-tragen> (Abruf: 15.1.2020).
- Laumann, Vivien/Debus, Katharina (2018): „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisationen und Stimmungsmache. In: Lang, J./Peters, U. (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press, Hamburg, S. 275–302.
- Lenz, Ilse (2018): Von der Sorgearbeit bis #MeToo: Aktuelle feministische Themen und Debatten in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 68, No. 17, S. 20–27.
- Maihofer, Andrea/ Schutzbach, Franziska (2015): Vom Antifeminismus zum »Anti-Genderismus«- In: Hark, Sabine/ Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. transcript, Bielefeld, S. 201–217.
- Marx Ferree, Myra /McClurg Mueller, Carol (2004): Feminism and the Women’s Movement: A global perspective. In: Snow, D. u.a. (Hrsg.): The Blackwell Companion on Social Movements. Blackwell Publishing, Oxford, S. 576–607.
- Mayer, Stefanie/ Ajanovic, Edma/ Sauer, Birgit (2018): Kampfbegriff Gender-Ideologie: zur Anatomie eines diskursiven Knotens – Beispiel Österreich. In: Lang, Juliane/ Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung: Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press, Hamburg.
- Meibauer, Jörg (2013): Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Gießener Elektronische Bibliothek: http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9251/pdf/HassredeMeibauer_2013.pdf (Abruf: 3.8.2020).
- Planert, Ute (2000): Nation, Politik und Geschlecht. Frauenbewegungen und Nationalismus in der Moderne. Geschichte und Geschlechter, Bd 31, Campus, Frankfurt/M.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

- Rauchut, Franziska (2018): „Keine Angst vorm bösen Gender“ – Interventionen in die Antifeminismusdebatte im deutschen Print- und Fernsehjournalismus. *Feministische Studien*, Vol.36, No.1, S. 188–196.
- „Reach Everyone on the Planet ...“ – Kimberlé Crenshaw und die Intersektionalität (2019): Texte von und für Kimberlé Crenshaw. Herausgegeben vom Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Center for Intersectional Justice. Berlin, <https://bit.ly/2XghXyG> (Abruf: 3.8.2020).
- Roggeband, Conny (2018): The good, the bad and the ugly: making sense of opposition to feminisms from a social-movement perspective. In: Verloo, Mieke (Hrsg.): *Varieties of Opposition to Gender Equality in Europe*. Routledge, New York, S. 19–37.
- Scheele, Sebastian (2016): Von Antifeminismus zu ›Anti-Genderismus‹? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus“, Gunda-Werner Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung am 31. Mai 2016. <https://bit.ly/2V39s8c> (Abruf: 3.8.2020).
- Schenk, Herrad (1977): Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. C.H.Beck, München.
- Schmincke, Imcke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 68, No. 17, S. 28–33.
- Solty, Ingar (2015): Öffentliche Schulbildung, Sexualerziehung und rechter Widerstand gegen kulturelle Liberalisierung. In: Billman, Lucie (Hrsg.): *Unheilige Allianzen – Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 30–37.
- Spicker, Rachel (2019): Wir haben gemerkt, dass wir uns zu Wort melden und Stellung beziehen müssen – Gleichstellungsarbeit im Kontext aktueller antifeministischer Dynamiken. *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, Heft 1/2019, S. 108–118.
- Thiessen, Barbara (2008): Feminismus: Differenzen und Kontroversen. In: Becker, Ruth/ Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 37–44.
- Tuider, Elisabeth/ Dannecker, Martin (2016): *Das Recht auf Vielfalt: Aufgaben und Herausforderungen sexueller Bildung*. Wallstein Verlag, Göttingen.
- Villa, Paula-Irene (2017): „Anti-genderismus“: German angst?. In: Kuhar, Roman/ Patternotte, David (Hrsg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*. Rowman & Littlefield International, New York, S. 99–116.
- Virchow, Fabian (2016): Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In: Virchow, Fabian/ Langebach, Martin/ Häusler, Alexander (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Springer, Wiesbaden, S. 5–42.
- Winkler, Gabriele/ Degele, Nina (2009): *Intersektionalität: zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. transcript, Bielefeld.
- Zick, Andreas/ Krause, Daniela/ Küpper, Beate (2016): *Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. In: Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Krause, Daniela (Hrsg.): *Gespaltene Mitte, feindselige Zustände*. Dietz Verlag, Bonn, S. 111–142.

Herausgeber

Deutscher Frauenrat
Lobby der Frauen in Deutschland e.V. (DF)
Axel-Springer-Str. 54a
10117 Berlin
www.frauenrat.de

Autorinnen

Judith Rahner
Franziska Schindler
Rachel Spicker
(Amadeu Antonio Stiftung)

Lektorat

Dr. Anja Nordmann
Dr. Bahar Haghanipour
Ulrike Helwerth
(Deutscher Frauenrat)
Dr. Julia Roßhart

Grafikdesign

kursiv Kommunikationsdesign, Katrin Schek
www.kursiv-berlin.de

Titelillustration

Marie Emmermann

Druck

Spree Druck

Erscheinungsdatum

Oktober 2020

Bezug der Broschüre

Deutscher Frauenrat e. V.
Axel-Springer-Straße 54a
10117 Berlin
kontakt@frauenrat.de
www.frauenrat.de



